



# Zeitenwende für die Friedensbewegung?

## Inhalt

Zehn Prinzipien für den „ewigen Frieden“ im 21. Jahrhundert	3
Kontroversen in der Friedensbewegung und politische Anforderungen	6
„Alte“ und „neue“ Friedensbewegung – immer noch getrennt?	8
Ukraine: Mehrheit will Verhandlungen	11
Gerade jetzt: Friedenswissenschaft und Zivilklauseln ausbauen	12
Palästinenser in Deutschland zwischen Repression und Solidarität	14
Buchbesprechung: Der Bankrott der westlichen Werte im Gazakrieg	16
Auszug aus Interview mit Jacques Baud	17
Stationierung von U.S. Mittelstreckenraketen in Deutschland	18
Aktionstermine der Friedensbewegung	20

*Alle Fußnoten in den Beiträgen, sowie Autoren- und Quellenverweise finden sich in der Web-Fassung dieser Ausgabe unter <https://frieden-und-zukunft.de/fj-archiv/>*

**Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 2.9.2024**

## Impressum

Das Friedensjournal erscheint 6-mal jährlich und ist zum Spendenbeitrag von mindestens 15 EUR über die Redaktionsanschrift zu beziehen.

### Herausgeber:

Bundesausschuss Friedensratschlag  
Germaniastraße 14, 34119 Kassel  
[www.friedensratschlag.de](http://www.friedensratschlag.de)

### Redaktion:

Annette Groth, Joachim Guilliard, Lühr Henken, Werner Ruf, Ewald Ziegler, Karl-Heinz Peil (V.i.S.d.P.)

### Redaktionsanschrift:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.  
c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt,  
Wilhelm-Leuschner-Straße 69 – 77,  
60329 Frankfurt am Main  
e-Mail: [info@frieden-und-zukunft.de](mailto:info@frieden-und-zukunft.de)

### Kontoverbindung:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.  
Frankfurter Sparkasse, BIC: HELADEF1822  
IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90

### Internetausgabe:

auf [www.frieden-und-zukunft.de](http://www.frieden-und-zukunft.de)  
mit digitalem Archiv ab 2010.  
ISSN 2193-9233d

Liebe Leserinnen und Leser,

der Beschluss zur Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen in Deutschland hat in den Leitmedien und der Politik nicht nur eine Debatte über Pro und Contra ausgelöst. Wesentlich häufiger als bisher, d.h. vor allem im Kontext des Ukrainekrieges, wird die Frage gestellt, ob es jetzt wieder eine starke Friedensbewegung geben kann, wie dieses Anfang der 80er Jahre der Fall war. Damals mobilisierte der Widerstand gegen die geplante Stationierung von US-Atomraketen in Deutschland massenhaft Menschen.

Aus heutiger Sicht könnte man sagen: Dieses kam zustande ganz ohne Internet und Social Media. Aber auch sonst sind die Rahmenbedingungen für eine Massenbewegung völlig anders als damals. Vor allem gibt es gewaltige gesellschaftliche Umbrüche, national wie international. Das Thema Frieden gerät dabei leicht in den Hintergrund. Jüngste Umfrageergebnisse zur Ukraine-Politik zeigen, wie weit die Regierungspolitik vom Willen der Bevölkerung entfernt ist.

Dies gilt auch für die Auswertung der Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen. Diese haben gezeigt, dass die Umbrüche im bisherigen Parteienggefüge sehr wohl mit dem Thema Frieden zu tun haben. Leider konnte sich die AfD gerade damit als Oppositionspartei inszenieren. Während auf der anderen Seite die Partei DIE LINKE auf Tauchstation ging, stand dieses Thema beim Bündnis Sahra Wagenknecht ganz oben. Es wird sich zeigen, inwieweit dieses (bundespolitische) Thema auch bei den sich abzeichnenden langwierigen Koalitionsgesprächen relevant sein wird.

Die Aktionen zum Antikriegstag am 31.8. und 1.9. haben gezeigt, dass die Friedensbewegung wieder stärker präsent ist. Was sich bei regionalen Aktionen positiv entwickelt, bedarf aber gleichfalls einer verstärkten Straßenpräsenz mit bundesweiten Aktionen.

Wir wollen in dieser Ausgabe deshalb auf die dabei vorhandenen Probleme und Chancen hinweisen.

Dazu gehört ein Grundverständnis der derzeit vorhandenen globalen Umbrüche zum Multilateralismus ebenso wie über Perspektiven der Menschheit im Sinne eines „ewigen Friedens“.

Vorhandene Kontroversen erfordern Strategien, wie wir damit behutsam und respektvoll umgehen, damit „alte“ und „neue“ Friedensbewegung nicht nur zu gemeinsamen Aktionen kommen, sondern auch eine Sogwirkung auf Menschen haben, die sich bisher nicht engagiert haben. Vor allem erfordert dieses auch ein Verständnis unterschiedlicher politischer Kultur.

Die Palästina-Solidarität ist zwar nach wie vor ausbaufähig, war aber bei den jüngsten Friedensaktionen erfreulich präsent.

Insbesondere im Hochschulbereich spielt die Palästina-Solidarität eine wesentliche Rolle. Auch die bereits langjährig vorhandenen Aktivitäten zugunsten von Zivilklauseln haben dort neuen Auftrieb bekommen.

Die industriellen Profiteure der Ausrüstung, vor allem Rheinmetall, bekommen gleichfalls mehr Gegenwind. Der jüngste Massenprotest im Dortmunder Fußballstadion gegen Rheinmetall als Sponsor war ein deutliches Zeichen.

Mit der geplanten Stationierung von neuen Mittelstreckenraketen rücken auch Militärstandorte wieder stärker in den Fokus für Aktionen der Friedensbewegung. Dieses zeigt sich aktuell am Beispiel des US-Standortes Wiesbaden, der zur NATO-Kommandozentrale ausgebaut wird.

Das Potenzial und die Stimmungslage für massenhaften Protest gegen die Regierungsbestrebungen, unser Land „kriegstüchtig“ zu machen, ist vorhanden. Sowohl die geplante Stationierung von US-Mittelstreckenraketen wie auch die sozialen Verwerfungen der zügellosen Aufrüstungspolitik können einen Mobilisierungsschub geben.

Karl-Heinz Peil

**Hinweise zu den Fotos auf Seite 1.** links: Screenshots aus YouTube-Video: Diese zeigen einen Massenprotest im Fan-Block des Westfalenstadions in Dortmund am 24.8.24 beim Auftakt der Bundesligasaison. Auf einer großen Anzahl mit teils riesigen Bannern protestierten Fußballfans gegen das Sponsoring durch die Düsseldorfer Waffenschmiede Rheinmetall.  
Mitte unten: Palästina-Demo am 26. Juli 2024 in Berlin, Quelle: Chris Grabert, Flickr  
Mitte oben und rechts: Antikriegsdemo am 31.8.24 in Düsseldorf, Quelle: Ellen Steinhäuser

## Zehn Prinzipien für den „ewigen Frieden“ im 21. Jahrhundert

von Jeffrey Sachs

Strukturen der Vereinten Nationen sind brüchig und bedürfen dringend einer Modernisierung. Der geplante UN-Zukunftsgipfel im September dieses Jahres sollte sich damit beschäftigen.

2025 jährt sich die Veröffentlichung von Immanuel Kants berühmtem Essay „Zum ewigen Frieden“ aus dem Jahre 1795 zum 230. Mal. Der große deutsche Philosoph hat eine Reihe von Leitprinzipien aufgestellt, mit denen er einen dauerhaften Frieden zwischen den Nationen seiner Zeit erreichen wollte.

Während wir uns heute in einer Welt mit mehreren schrecklichen Kriegen befinden und die Menschheit in der Tat von einem nuklearen Armageddon bedroht ist, sollten wir uns auf Kants Ansatz besinnen und diesen für unsere Zeit nutzbar machen. Auf dem Zukunftsgipfel der Vereinten Nationen im September 2024 sollte deshalb ein aktualisierter Ansatz von Kants Grundsätzen erörtert werden.

### Kant und die Realpolitik

Kant war sich bewusst, dass seine Vorschläge auf die Skepsis der Realpolitiker stoßen würden:

*„Der Realpolitiker blickt mit großer Selbstzufriedenheit auf den politischen Theoretiker herab als auf einen Pedanten, dessen leere Worte in keiner Weise die Sicherheit des Staates bedrohen, da der Staat nach empirischen Prinzipien vorgehen muss. So darf der Theoretiker sein Spiel spielen, ohne dass sich der weltkluge Staatsmann einmischte.“*

Nichtsdestotrotz war Kants Text, wie der Historiker Mark Mazower in seiner meisterhaften Darstellung einer Weltregierung feststellte, ein *„Text, der zeitweise Generationen von Denkern, die über eine Weltregierung nachgedacht haben, bis in unsere Tage hinein beeinflussen sollte“*.

Diese Arbeit trug dazu bei, die danklichen Grundlagen für die Vereinten Nationen, die Formulierung des Völkerrechts und der Menschenrechte und die Bestimmungen über Kriegsführung und Rüstungskontrolle zu schaffen.

### Kants Kernvorschläge

Kants Kernvorschläge konzentrieren sich auf drei Ideen.

**Erstens** lehnte er stehende Heere ab. Stehende Heere *„bedrohen unaufhörlich andere Staaten durch ihre Bereitschaft, jederzeit kriegsbereit zu sein“*. Damit nahm Kant die berühmte Warnung des US-Präsidenten Dwight D. Eisenhower vor den Gefahren eines militärisch-industriellen Komplexes um anderthalb Jahrhunderte vorweg.

**Zweitens** forderte Kant die Nicht-einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Nationen. Darin wetterte Kant gegen die Art von verdeckten Operationen, die die USA ständig durchgeführt haben, um ausländische Regierungen zu stürzen.

Und **drittens** forderte Kant eine *„Föderation freier Staaten“*, aus der in unserer Zeit die Vereinten Nationen hervorgegangen sind. Das ist heute eine *„Föderation“* von 193 Staaten, die sich verpflichtet haben, auf der Basis der UN-Charta zu arbeiten.

### Kant und der Republikanismus

Kant setzte, im Gegensatz zur Alleinherrschaft, große Hoffnungen auf den Republikanismus als ein Hindernis für die Kriegsführung. Kant argumentierte, dass ein einzelner Herrscher leicht der Versuchung des Krieges erliegen würde:

*„Eine Kriegserklärung ist die leichteste Sache von der Welt, für die man sich entscheiden kann, weil der Krieg von dem Herrscher, der Eigentümer und nicht nur Mitglied des Staates ist, nicht das geringste Opfer an den Freuden seiner Tafel, der Jagd, an seinen Landhäusern und seinen Hoffunktionen und dergleichen verlangt. Er kann sich daher aus den trivialsten Gründen für den Krieg wie für eine Vergnügungsgesellschaft entscheiden und mit vollkommener Gleichgültigkeit die Rechtfertigung, die der Anstand erfordert, dem diplomatischen Korps überlassen, das immer bereit ist, eine solche zu liefern.“*

Im Gegensatz dazu argumentiert Kant:

*„Wenn die Zustimmung der Bürger erforderlich ist, um die Kriegserklärung zu beschließen (und das kann nur in dieser Verfassung der Fall sein), so ist nichts natürlicher, als dass diese sehr vorsichtig sind, wenn sie ein so armseliges Spiel beginnen und für sich selbst alle Katastrophen des Krieges beschließen.“*

### Kant und die öffentliche Meinung über Krieg

Kant war jedoch viel zu optimistisch, was die Fähigkeit der öffentlichen Meinung anging, die Kriegsführung einzuschränken.

Sowohl die athenische als auch die römische Republik haben ständig Kriege geführt.

Großbritannien war im 19. Jahrhundert die führende Demokratie, aber vielleicht auch die kriegerischste Macht.

Die USA waren jahrzehntelang ohne Unterbrechung an von ihnen gewollten Kriegen und gewaltsamen Umstürzen ausländischer Regierungen beteiligt.

Es gibt mindestens drei Gründe, warum Kant sich hier geirrt hat.

**Erstens:** Selbst in Demokratien liegt die Entscheidung, Kriege zu beginnen, fast immer bei einer kleinen Elitegruppe, die in Wirklichkeit weitgehend von der öffentlichen Meinung isoliert ist.

**Zweitens**, und das ist ebenso wichtig, ist die öffentliche Meinung relativ leicht durch Propaganda zu manipulieren, um die öffentliche Unterstützung für den Krieg zu wecken.

Und **drittens** kann die Öffentlichkeit kurzfristig vor den hohen Kosten des Krieges geschützt werden, indem man den Krieg durch Schulden statt durch Steuern finanziert und sich auf Auftragnehmer, bezahlte Rekruten und ausländische Kämpfer verlässt, anstatt auf die Wehrpflicht.

UN-Halle der Vollversammlung,  
Foto: Patrick Gruban, Wikipedia



unter Iran, Pakistan und Nordkorea.

Deshalb können die USA und ihre Verbündeten in der Ukraine, im Nahen Osten oder im indopazifischen Raum nicht mehr einseitig ihren Willen durchsetzen. Die USA müssen lernen, mit den anderen Mächten zusammenzuarbeiten.

### Internationale Institutionen

**Drittens** verfügen wir heute über ein umfangreiches und historisch beispielloses Arsenal internationaler Institutionen für die Formulierung und Umsetzung globaler Ziele (z. B. in Bezug auf Klima, nachhaltige Entwicklung und nukleare Abrüstung), für die Beurteilung des Völkerrechts und für die Äußerung des Willens der Weltgemeinschaft (z. B. in der UN-Generalversammlung und im UN-Sicherheitsrat).

Ja, diese internationalen Institutionen sind immer noch schwach, wenn die Großmächte sich entscheiden, sie zu ignorieren, aber sie bieten unschätzbare Werkzeuge für den Aufbau einer echten Föderation von Nationen im Sinne Kants.

### Gemeinsames Schicksal der Menschheit

Und viertens ist das Schicksal der Menschheit heute enger miteinander verbunden als je zuvor. Globale öffentliche Güter – nachhaltige Entwicklung, nukleare Abrüstung, Schutz der biologischen Vielfalt der Erde, Kriegsverhütung, Pandemieprävention und -bekämpfung – sind für unser gemeinsames Schicksal weitaus zentraler als je zuvor in der Geschichte der Menschheit.

Wieder können wir uns auf die Weisheit JFKs berufen, die heute genauso wahr ist wie damals:

*„Lasst uns also nicht blind sein für unsere Differenzen, aber lasst uns auch die Aufmerksamkeit auf unsere gemeinsamen Interessen lenken und auf die Mittel, mit denen diese Differenzen gelöst werden können. Und wenn wir unsere Differenzen jetzt nicht beenden können, können wir zumindest dazu beitragen, die Welt für Vielfalt sicherer zu machen. Denn letzten Endes ist unsere wichtigste Gemeinsamkeit, dass wir alle diesen*

### Kants Kerngedanken und die Wirklichkeit

Kants Kerngedanken über den ewigen Frieden haben dazu beigetragen, dass sich die Welt im 20. Jahrhundert ein wenig in Richtung Völkerrecht, Menschenrechte und durch die Genfer Konventionen geregeltes Verhalten im Kriege verändert hat.

Doch trotz der Innovationen in den globalen Institutionen ist die Welt noch schrecklich weit von einem wirklichen Frieden entfernt. Laut der Weltuntergangsuhr des Bulletin of Atomic Scientists sind wir 90 Sekunden vor Mitternacht und damit näher an einem Atomkrieg als jemals zuvor seit der Einführung der Uhr im Jahr 1947.

Der globale Apparat der Vereinten Nationen und das Völkerrecht haben bisher wohl mit dazu beigetragen, einen dritten Weltkrieg zu verhindern. UN-Generalsekretär U Thant zum Beispiel spielte eine entscheidende Rolle bei der friedlichen Lösung der Kubakrise von 1962. Doch die UN-basierten Strukturen sind fragil und müssen dringend gestärkt werden.

### Vier zentrale geopolitische Realitäten unserer Zeit

Aus diesem Grund fordere ich uns alle auf, neue Prinzipien zu formulieren und zu verabschieden, die auf den vier zentralen geopolitischen Realitäten unserer Zeit basieren.

### Nukleares Damoklesschwert

**Erstens** leben wir mit dem nuklearen Damoklesschwert über unseren Köpfen. Präsident John F. Kennedy drückte es vor 60 Jahren in seiner berühmten Friedensrede überzeugend aus, als er erklärte:

*„Ich spreche vom Frieden wegen des neuen Antlitzes des Krieges. Ein totaler Krieg macht keinen Sinn in einer Zeit, in der Großmächte große und relativ unverwundbare Atomstreitkräfte unterhalten und sich weigern können, sich zu ergeben, ohne auf diese Kräfte zurückzugreifen. Der Krieg macht keinen Sinn in einer Zeit, in der eine einzige Atomwaffe fast das Zehnfache an Sprengkraft enthält, im Vergleich zu der, die alle alliierten Luftstreitkräfte im Zweiten Weltkrieg zusammen eingesetzt haben.“*

### Multipolarität

**Zweitens** sind wir in der Tat in einer multipolaren Welt angekommen. Zum ersten Mal seit dem 19. Jahrhundert hat Asien den Westen in der Wirtschaftsleistung überholt. Wir haben die Ära des Kalten Krieges, in der die USA und die Sowjetunion dominierten, bzw. den „unipolaren Moment“, den die USA nach dem Untergang der Sowjetunion 1991 für sich beanspruchten, längst hinter uns gelassen.

Die USA sind heute eine von mehreren Supermächten, darunter befinden sich auch Russland, China und Indien, mit mehreren Regionalmächten, dar-

*kleinen Planeten bewohnen. Wir atmen alle die gleiche Luft. Für uns alle hat die Zukunft unserer Kinder einen hohen Wert. Und wir sind alle sterblich.“*

### Vorschlag: Zehn Grundsätze für einen „ewigen Frieden“ in der heutigen Zeit

Welche Grundsätze sollten wir in unserer Zeit übernehmen, die zu einem „ewigen Frieden“ beitragen könnten?

Ich schlage 10 Prinzipien für den ewigen Frieden im 21. Jahrhundert vor und lade alle anderen ein, sie zu überarbeiten, abzuändern oder eine eigene Liste zu erstellen.

Die ersten fünf meiner Grundsätze sind die Prinzipien der friedlichen Koexistenz, die China vor 70 Jahren vorgeschlagen hat und die später von den blockfreien Staaten übernommen wurden. Diese sind:

**Erstens:** Gegenseitige Achtung aller Nationen im Hinblick auf die territoriale Integrität und Souveränität;

**Zweitens:** Gegenseitige Nichtangriffsvereinbarungen aller Nationen untereinander;

**Drittens:** Gegenseitige Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Nationen (z. B. durch gewollte Kriege, Regimewechsel-Operationen oder einseitige Sanktionen);

**Viertens:** Gleichheit und gegenseitiger Nutzen im Umgang zwischen den Nationen und

**Fünftens:** Friedliches Zusammenleben aller Nationen.

Um diese fünf Kernprinzipien umzusetzen, empfehle ich die folgenden fünf konkreten Handlungsprinzipien:

**Sechstens:** Die Schließung aller Militärstützpunkten in Übersee, von denen die USA und Großbritannien bei weitem die größte Anzahl besitzen.

**Siebtens:** Das Ende der verdeckten Regimewechsel-Operationen und der einseitigen wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen, die schwere Verstöße gegen das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Nationen darstellen. So hat die Politikwissenschaftlerin Lindsey O'Rourke 64 verdeckte Regimewechsel-Operationen der USA zwischen 1947 und 1969 und die durch solche Operationen verursachte allgegenwärtige Destabilisierung sorgfältig dokumentiert.

**Achtens:** Einhaltung von Artikel VI des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen durch alle Atom-mächte, das sind USA, Russland, China, Großbritannien, Frankreich, Indien, Pakistan, Israel und Nordkorea. Dort heißt es:

*„Alle Parteien müssen in gutem Glauben Verhandlungen über wirksame Maßnahmen zur Beendigung des nuklearen Wettrüstens und zur nuklearen Abrüstung sowie über einen Vertrag über die allgemeine und vollständige Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle führen“.*

**Neuntens:** Die Verpflichtung aller Länder, entsprechend der OSZE-

Charta, „ihre Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit anderer Länder auszubauen“.

Die Staaten werden keine Militärbündnisse eingehen, die ihre Nachbarn bedrohen, und sich verpflichten, Streitigkeiten durch friedliche Verhandlungen und Sicherheitsvereinbarungen zu lösen, die vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen unterstützt werden.

**Zehntens:** Die Verpflichtung aller Nationen zur Zusammenarbeit beim Schutz der globalen Gemeingüter und der Bereitstellung globaler öffentlicher Güter, einschließlich der Erfüllung des Pariser Klimaabkommens, der Ziele für nachhaltige Entwicklung und der Reform der UN-Institutionen.

USA sollten das Streben nach Unipolarität beenden

Die heutigen Konfrontationen mit Großmächten, insbesondere die Konflikte der USA mit Russland, China, dem Iran und Nordkorea, sind weitgehend auf Amerikas fortgesetztes Streben nach Unipolarität durch Regimewechsel-Operationen, gewollte Kriege, einseitige Sanktionen und das globale Netzwerk von US-Militärbasen und -bündnissen zurückzuführen.

Die oben aufgeführten zehn Prinzipien könnten dazu beitragen, dass sich in der Welt ein friedlicher Multilateralismus durchsetzt, der auf der UN-Charta und der internationalen Rechtsstaatlichkeit beruht.

*Quelle der deutschen Fassung: Overton-Magazin, 27.7.24*

### Vereinte Nationen am Scheideweg

*von Rolf Bader*

**UN-Zukunftsgipfel im September 2024 soll eine grundlegende Reform der Vereinten Nationen einleiten. Geht der Kurswechsel für mehr Frieden, Abrüstung und Klimaschutz?**

[...] Die größte Herausforderung des Gipfels ist die angestrebte Reform des Sicherheitsrats. Aus den Stellungnahmen der Mitgliedsstaaten und der NGOs geht eindeutig hervor, dass dieses Projekt Priorität für den Zukunftsgipfel hat. Der Sicherheitsrat, mit der Dominanz der fünf ständigen Mitglieder, den Veto- und Atom-mächten USA, Russland, China, England und Frankreich, blockiert sich nicht nur selbst, sondern vor allem die gesamte UN. Mit dem Vetorecht werden dringliche Friedens- und Konfliktlösungen torpediert.

Gegenwärtig hat der Sicherheitsrat 15 Mitglieder, fünf ständige (die sogenannten P5) und zehn nichtständige Mitglieder, die nach einem festen Regionalschlüssel von der Generalversammlung für zwei Jahre gewählt werden.

Eine mögliche Reform strebt eine größere Repräsentanz der Mitglieder des Südens an. Vorgeschlagen wird von Experten eine Erhöhung der Mitgliederzahl von 15 auf 25. Die ständigen Sitze würden auf zehn, die nichtständigen auf 15 erhöht. Das Ziel wäre die Einführung einer neuen Abstimmungsregel mit weniger Blockadepotenzial.

Die Reformvorschläge könnten gem. Art. 109 der UN-Charta in einer sogenannten "Allgemeinen Konferenz" mit einer 2/3 Mehrheit der Generalversammlung zur Annahme empfohlen werden. Die P5 könnten somit nicht verhindern, dass die Vorschläge von der Generalversammlung angenommen werden.

*Quelle: Telepolis, 23.8.24*

## Kontroversen in der Friedensbewegung und politische Anforderungen

von Michael Brie, Erhard Crome, Frank Deppe, Peter Wahl

Lasst uns das **KRIEGSBEIL**  
für immer und ewig begraben  
**FRIEDEN FÜR ALLE UND ÜBERALL**



**FOR ALL ETERNITY**

An alle Rüstungs-Apologeten  
Wir wollen keine Tomahawk-Raketen

**WIR WOLLEN FRIEDEN**

Grafik: Kopie-etage bad bevensen

Nachfolgender Text sind Auszüge aus einem umfangreichen Textes der unter der Überschrift „Friedenspolitik für die Welt des 21. Jahrhunderts“ als Diskussionspapier der Initiative „NEIN zur Kriegen“ auf deren Homepage veröffentlicht wurde.

Vorausgehende Kapitel der nachfolgenden Textauszüge befassen sich mit Umbrüchen im internationalen System und dem zentralen Konflikt auf dem Weg zur multipolaren Weltordnung.

### Kontroversen in der Friedensbewegung bearbeiten

In Deutschland gibt es politische Strömungen, die ein sehr distanziertes Verhältnis zu nationaler Souveränität und dem Gebot der Nichteinmischung haben. Sie berufen sich dabei auf die Erfahrungen mit dem exzessiven Nationalismus der deutschen Geschichte – und sind insofern typisch deutsch.

Der hohe Stellenwert von Souveränität und Nichteinmischung im Völkerrecht ist aber Reaktion auf die lange Geschichte der Unterwerfung und Ausbeutung fremder Länder im Kolonialismus, Imperialismus und Neokolonialismus. Das vergisst man im Globalen Süden nicht. [...]

### Widersprüche zwischen Frieden und Menschenrechten?

Die ideologische Aufladung zwischenstaatlicher Beziehungen mit unilateralen Wertorientierungen führt dazu, dass von fundamentalistischen Gegensätzen ausgegangen und nach Strategien gesucht wird, den jeweils anderen einzudämmen oder ganz auszuschalten.

Natürlich ist die Steinigung von Ehebrecherinnen in Saudi-Arabien, die Theokratie der Mullahs und der Taliban, die Diskriminierung religiöser, ethnischer, politischer u.a. Minderheiten in vielen Teilen der Welt – darunter auch im Westen – schwer zu ertragen. Kritik und Protest aus der Zivilgesellschaft ist selbstverständlich legitim.

Auch für die Friedensbewegung bleibt internationalistische Solidarität mit Pazifisten, Kriegsdienstverweigerern u.a. Kriegsgegnern, die Repressionen und Verfolgung ausgesetzt sind, auf der Tagesordnung. Allerdings muss sie sich dabei klar von geopolitischer Instrumentalisierung von Menschenrechten durch Regierungen oder militaristischen Kräften abgrenzen.

Zudem ist Friedenspolitik per se auch Menschenrechtspolitik, denn die unmenschliche Brutalität des Krieges, die Toten, Verstümmelten, Traumatisierten, die Kriegsverbrechen sowie die sozialen und politischen Folgen von Zerstörung und Hass sind schwerste Verletzung der Menschenrechte.

Oft sind Menschenrechtsfragen mit dem Recht auf Selbstbestimmung von Minderheiten verknüpft, vor allem, wenn die Minderheiten Diskriminierungen ausgesetzt sind. Wenn diese dann staatliche Unabhängigkeit anstreben, entstehen scharfe Konflikte, in denen das Recht auf Selbstbestimmung in Widerspruch zum Recht auf territoriale Integrität des Mehrheitsstaates gerät.

Spektakuläre Beispiele sind Kurdistan, Kosovo, die Kriege zwischen Ar-

menien und Aserbaidschan um Berg-Karabach, Nord-Zypern oder die Westsahara, aber auch Katalonien oder Schottland. Und natürlich die Taiwan- und die Palästinafrage.

Auch in der Ukraine ist das Selbstbestimmungsrecht der Bewohner der Krim und des Donbass eine wichtige Komponente des Konflikts. Zusätzliche Brisanz gewinnen solche Konflikte, wenn sie Teil geopolitischer Einmischung von ausländischen Mächten und entsprechend instrumentalisiert werden.

### Instrumentalisierung von Menschenrechten provoziert Wagenburgverhalten

Die geopolitische Instrumentalisierung von Demokratie und Menschenrechten erzeugt permanent Spannungen im internationalen System. Ein Klima der Konfrontation führt aber auch dazu, dass Autoritarismus und Repression in einem Land, das sich bedroht fühlt, entstehen, bzw. dort wo sie bereits existieren, sich weiter verstärken. Es tritt das Wagenburg-Phänomen ein, d.h. Abwehrhaltung nach außen führt auch immer zu Konformitätsdruck nach innen.

Das gilt für alle Seiten. Das Verbot russischer Sender und Zeitungen durch die EU und die Cancel Culture gegen alles Russische, oder auch die deutsche „Staatsraison“ im Gaza-Krieg haben zwar noch nicht das Ausmaß an Autoritarismus wie in der Ukraine und Russland erreicht, aber grundsätzlich greift hier die gleiche Logik der Wagenburg.

Eine neue Dimension entsteht dabei durch das Internet und die Integration des Cyberspace in die Konfrontation. Auch hier sind die USA führend. Ihr Geheimdienstsystem – Institutionen mit über 800.000 Mitarbeitern – verfügte amtlichen Angaben zufolge 2023 über ein Budget von 99,6 Mrd. Dollar, wovon 27,9 Mrd. auf den militärischen Bereich entfielen. Zum Vergleich: die russischen Militärausgaben betragen 2023, dem zweiten Kriegsjahr in der Ukraine, insgesamt 109 Mrd. Dollar.

## Krieg, Moral und Rationalität

Eng verbunden mit dem Narrativ von Auto- versus Demokratie ist der Umgang mit Konflikt und Krieg in ausschließlich moralischen Kategorien. Das führt zu einer bequemen Reduktion einer komplexen Wirklichkeit auf zwei Variablen: „gut“ und „böse“.

Diese wiederum beruhen meist auf lange etablierten Feindbildern und archetypischen Klischees, wie der ‚Gefahr aus dem Osten‘ oder dem Bild von David & Goliath. Darin wird z.B. der ‚David Ukraine‘ Opfer von ‚Goliath Russland‘. Vor allem bei vielen jungen Leuten gibt es auch die Wahrnehmung: ‚Goliath Israel‘ gegen ‚David Palästina‘! Das sind Strategien, die eigene Identität aus den realen Widersprüchen herauszunehmen und sich der einen oder anderen Seite zu unterwerfen. Eine autonome Friedensbewegung wird damit unmöglich.

Moralisch begründete Parteinahme ist auch deshalb attraktiv, weil sie ein Überlegenheitsgefühl vermittelt. Denn „Wir“ sind natürlich „die Guten“. Moral mutiert dann zu selbstgerechtem Moralisieren, wie es sehr typisch von der linksliberalen Avantgarde des Bellizismus, dem militaristischen Mainstream und ihrer Erzählung von der „wertgeleiteten Außenpolitik“ vertreten wird.

Allerdings ist Moral nur solange glaubwürdig, wie sie unteilbar ist. Wer selbst das Völkerrecht mit Füßen tritt, wie die NATO in Jugoslawien, oder die US-geführte „Koalition der Willigen“ im Irak 2003 – darunter die Ukraine mit dem sechstgrößten Truppenkontingent von 36 – praktiziert Doppelmoral.

Doppelmoral ist auch im Spiel, wenn es um das Recht auf Selbstbestimmung geht, z.B. des Kosovo oder Taiwans. Da gilt dessen Durchsetzung mit Krieg bzw. militärischen Drohungen durch den Westen als gerechtfertigt, während der gleiche Vorgang im Fall der Krim oder des Donbass‘ zu Separatismus erklärt und seine militärische Niederschlagung unterstützt wird.

Heuchlerische Doppelstandards gelten auch beim Thema *Annexionen*. So bleiben die Annexion von Nordzypern und Teilen des kurdisch besiedelten Nordsyriens durch das NATO-Mitglied Türkei oder die der Golanhöhen und Ostjerusalems durch Israel ohne praktische Konsequenzen seitens des Wes-



Plakatserie, ausgestellt am 31.8.24 zu Demo und Kundgebung am Antikriegstag in Düsseldorf, Foto: Ellen Steinhäuser

tens. Die Annexion der Westsahara durch Marokko wurde, entgegen klarer UN-Beschlüsse, durch die USA sogar formell anerkannt, und Frankreich ist dabei, sich dem anzuschließen.

Aus alledem folgt kein Plädoyer für Amoralität. Auch emanzipatorische Friedenspolitik braucht einen moralischen Kompass. Aber wenn Krieg verhindert oder beendet werden soll, helfen moralische Empörung oder gar moralisierender Hass nicht weiter. Im Gegenteil. Hass erzeugt Gegenhass und die Sehnsucht nach Rache und treibt so die Spirale der Gewalt immer weiter. Stattdessen muss man die Ursachen von Konflikten rational begreifen. Wissen und rationale Erkenntnis sind die Vorbedingung für mündige moralische Entscheidungen.

## Aktuelle Anforderungen

Erste Aufgabe einer zeitgemäßen Friedenspolitik ist es, die Komplexität der neuen Weltordnung zu verstehen und in Argumentation und Praxis einzubeziehen. Gefragt ist ein aufgeklärter Realismus, ein nüchterner Umgang mit Geopolitik, allerdings auf Grundlage friedenspolitischer Wertorientierungen.

Dazu gehören die klare Haltung gegen Tod und Zerstörung durch Krieg und die Orientierung an der UN-Charta: Diplomatie und politische Konfliktlösung, Kooperation, ungeteilte, gemeinsame Sicherheit, souveräne Gleichheit aller Staaten, friedliche Koexistenz, Rüstungskontrolle und Abrüstung.

Notwendig ist die qualifizierte Auseinandersetzung mit Bellizismus und Militarismus und deren scheinbar

plausiblen Argumenten. Die Friedensbewegung und die gesellschaftliche und politische Linke sollten den Sirengesängen einer ‚Burgfriedens-Politik‘, auf die die SPD sich im Ersten Weltkrieg einließ, nicht folgen.

Dabei gilt es, sich Diffamierungen wie ‚Putinversther‘, Antiamerikanismus und dem Missbrauch des Antisemitismusvorwurfs u.ä., die auf Denkverbote und die Unterdrückung freier Meinungsäußerung hinauslaufen, selbstbewusst zu entziehen.

Friedenspolitik identifiziert sich nicht prinzipiell oder dauerhaft mit einem Land oder einem Lager. Das gilt auch für das eigene Land/Lager, d.h. Absage an Nationalismus, Euro-Nationalismus und die Identifikation mit irgendeiner Wagenburg, auch nicht mit der des Westens.

Das schließt nicht aus, im konkreten Fall Vorschläge einer Seite zu unterstützen, wenn sie friedenspolitisch sinnvoll sind. Das gilt auch für entsprechende Initiativen aus ‚Feindesland‘.

Nicht möglich ist in einer interdependenten Welt und unter Bedingungen der existenziellen Bedrohung durch Massenvernichtungsmittel die Haltung ‚**Alles Imperialisten, aus deren Händen halten wir uns raus**‘.

Strategische Autonomie der EU, die darauf hinausläuft, klassische Großmacht zu werden, ist keine friedenspolitische Option. Gebraucht wird eine Autonomie, die mit einem anderen Politiktypus einhergeht, der auf Frieden, Koexistenz, Abrüstung, gemeinsamer Sicherheit und Kooperation beruht. [...]

Quelle: [www.nie-wieder-krieg.org](http://www.nie-wieder-krieg.org)

## „Alte“ und „neue“ Friedensbewegung – immer noch getrennt?

Ein Gespräch zwischen Karl-Heinz Peil und Christiane Reymann



Screenshot aus Video vom 3.8.24 mit Christiane Reymann

### Von Querdenkern- zu „neuer“ Friedensbewegung?

KP: Am 1. August 2020 waren es wohl Hunderttausende, die sich in Berlin unter dem Motto „Das Ende der Pandemie – Tag der Freiheit“ versammelten. Am 1. August 2021 lautete das Motto schlicht „Für Frieden & Freiheit“. 2022 gab es eine „Woche der Demokratie“ mit selbiger Losung.

Du hast bereits vor einem Jahr und auch diesmal am 3. August auf der zentralen Demo in Berlin gesprochen, die von Michael Ballweg als Gründer der "Querdenken"-Bewegung initiiert wurde. Das diesjährige Motto lautete: „Für Frieden, Freiheit und Wahrheit“. Was ist dein Eindruck von den Teilnehmern und deren Bezug zu dieser Überschrift? Inwieweit sind die Ursprünge dieser Bewegung noch dominant?

Wenn man darin eine „neue“ Friedensbewegung sehen kann, dann muss natürlich auch daran erinnert werden, dass bereits 2014 die neu entstandenen Mahnwachen – begleitet von heftigen Kontroversen – als „neue“ Friedensbewegung bezeichnet wurden.

CR: Inzwischen wird die "neue Friedensbewegung" meistens so verstanden, wie Du sie gerade beschrieben hast als jene Bewegung, die sich zunächst gegen die Corona-Maßnahmen der Bundesregierung richtete und zuerst auch Frieden nicht in erster Linie weltpolitisch verstand, sondern deutlich auch als Frieden in sich und mit den Mitmenschen. Die gemeinsame Erfahrung von Widerstand gegen die Coronapolitik ist bis heute ein starkes Band, aber es ist keine

Fessel. Die „alte“ Friedensbewegung hat andere Erfahrungen von Widerstand gemeinsam.

Die „neue“ Friedensbewegung auf die Maßnahmekritiker zu begrenzen scheint mir etwas zu kurz gegriffen. Zu den angesprochenen Montagsmahn-

wachen 2014 gegen die sich bereits seinerzeit abzeichnende Kriegsgefahr in der Folge der sog. Annexion der Krim durch Russland (aus meiner Sicht war es eine Sezession): Damals haben sich in fast 90 Städten Tausende Menschen in Montagsmahnwachen für Frieden engagiert, Menschen mit ganz unterschiedlichen Weltbildern. Mancherorts haben Rechte versucht, diese Bewegungen zu beeinflussen, auch zu dominieren.

Das kannten wir von den Hartz IV-Protesten. Damals riefen namentlich Ken Jebsen, Geburts- und heutiger Name Kayvan Soufi-Siavash, plus Mitstreiter zu Montagsmahnwachen für Frieden und gegen die Kriegsgefahr auf. Sie wurden nicht nur von der „bürgerlichen Presse“, heute würden wir sagen: den Mainstreammedien, diffamiert und stigmatisiert sondern genauso aggressiv durch Zeuginnenschaft aus der politischen und Partei-Linken, also nicht nur von außen, sondern auch von innen.

Bereits im Mai 2014 wusste zum Beispiel der Parteivorstand der LINKEN genau, dass sich in den Montagsmahnwachen „Rechtspopulisten, Nationalisten, Verschwörungstheoretiker und Antisemiten“ tummeln, die „rechtspopulistische Welterklärungsmuster und ‚Querfront‘-Strategien salonfähig“ machen wollen.

### Wie kamen persönliche Kontakte zustande?

KP: Du hast ja in der jüngsten Zeit bei einigen Friedenskundgebungen gesprochen, so im letzten und auch in diesem Jahr im Rahmen der Aktions-

woche der Kampagne „Stopp Air Base Ramstein“ – aufgrund deiner Vernetzung in der „alten“ Friedensbewegung. Interessant finde ich, dass du jeweils etwa sechs Wochen später auch bei den Großkundgebungen in Berlin als Rednerin präsent gewesen bist. Wie kam es zu den Anfragen für einen Redebeitrag in Berlin?

CR: Meine Reden in Ramstein hatten in diesem Jahr direkt etwas zu tun mit der Einladung zur Querdenken-Demo in Berlin. Eine Mitarbeiterin von Michael Ballweg hatte mich dort gehört und weiter empfohlen.

Die Versammlung Anfang August im vergangenen Jahr vor dem Brandenburger Tor war von „Weltfrieden jetzt!“ veranstaltet mit einem bunten Strauß an Rednerinnen und Rednern. An der Einladung beteiligt war Laura von Wimmersperg, Mitbegründerin der Berliner FriKo in den 1980er Jahren und seitdem unbeirrbar für den Frieden aktiv, die sich mit mir an mehreren Gesprächen zur Zusammenarbeit beteiligt hatte.

Das waren sehr angenehme, aufmerksame, produktive und im Ergebnis insofern erfolgreiche Gespräche, dass Gruppen aus der „neuen Friedensbewegung“ den Ostermarsch unterstützen und versuchen, in der FriKo mitzuarbeiten, was nicht ganz leicht ist, für beide Seiten.

### Ein Hauptkriterium: Resonanz auf Redebeiträge

KP: Das YouTube-Video (Der rote Platz) zu deinem letztjährigen Beitrag zeigt auch eine Vorab-Kommentierung deines Auftritts, der gewisse Unsicherheiten ausdrückt, bei den Menschen aufzutreten, die sich 2020 aus der Kritik an den Corona-Maßnahmen zusammen gefunden haben. Was hat sich bei dir gegenüber der zunächst wohl vorhandenen Skepsis inzwischen geändert?

CR: Skeptisch war ich nicht gegenüber den Teilnehmerinnen und Teilnehmern, sondern mir gegenüber.

Ich habe mich über die Einladung gefreut, ich habe mich darauf gefreut, gleich dort zu sprechen, aber ich war mir unsicher, ob die Anwesenden und ich eine gemeinsame Wellenlänge finden werden.

Ich verstehe mich ja als Marxistin und versuche auch in eher populären Reden gesellschaftskritisch auf den Zusammenhang von Kapitalismus und Krieg einzugehen - dort habe ich es anhand von Black-Rocks Verwüstungen auf dem Berliner Wohnungsmarkt und den Gewinnen des Finanzkapitals durch Rüstung und Krieg getan. Ich war mir aber unsicher, ob und welche Resonanz es zu diesem und anderen Hintergründen und Lösungen des Ukraine-Krieges geben wird, ob wir in diesen Grundfragen einen Gleichklang finden werden.

Inzwischen erlebe ich gerade bei diesem Teilnehmerkreis, dass - so mein Gefühl - es manchmal wie eine große Erleichterung ist, dass jemand diese Sachen ausspricht, die sich Teilnehmerinnen und Teilnehmer vielleicht auch schon mal gedacht und irgendwie auch von dieser Demo oder Kundgebung erhofft haben.

Das war am 3. August dieses Jahres so, da habe ich als letzte gesprochen, aber gleich im ersten Satz gesagt, ich sei gekommen, um mit Ihnen allen NEIN zu sagen zur Stationierung US-amerikanischer Mittelstreckenraketen in Deutschland, dass wir die Frage Krieg und Frieden nicht den Herrschenden überlassen dürfen und habe eine Volksabstimmung ins Gespräch gebracht. Die Leute haben gejubelt, als ob sie darauf gewartet hätten.

### Politische Kultur im Wandel

KP: Bei deinem diesjährigen Redebeitrag in Berlin hast du auch einige sehr persönliche Eindrücke von einem Besuch in Wolgograd an der Stalingrad-Gedenkstätte eingestreut. Wie wichtig waren für dich diese persönlichen Bemerkungen?

Ist es in der „neuen“ Friedensbewegung als Merkmal einer anderen politischen Kultur anzusehen, dass du „nur“ als Individuum gesprochen hast und nicht mit einem bestimmten organisatorischen Hintergrund? Letzteres ist ja bei Kundgebungen der „alten“ Friedensbewegung immer dann der Fall, wenn es

sich nicht um eine prominente Stimme handelt.

CR: Ich habe als Journalistin auch für Print- und TV-Medien gearbeitet, aber hauptsächlich im Hörfunk. Dort habe ich gelernt, dass ich gerade in Sendungen zu schwierigen Themen unbedingt auch das Herz erreichen muss. Der Spruch des Kleinen Prinzen von Saint- Exupéry *„Man sieht nur mit dem Herzen gut“* ist zwar etwas abgegriffen und vielleicht auch etwas zu absolut, aber sicher wirken Einblicke in gesellschaftliche Zusammenhänge, ohne sie auch mit dem Herzen zu sehen, nicht nachhaltig.

Unser gemeinsames - um einen anderen Begriff einzuführen: erkenntnisleitendes Interesse in der Friedensbewegung ist doch, Zerstörung abzuwehren und Wege in eine bessere, eine mitmenschliche, solidarische Welt zu erschließen.

In meiner Wahrnehmung ist die „neue“ Friedensbewegung stärker „persönlich“ als „an der Sache“ engagiert. Das Herz erreichen zu wollen, hat nicht notwendig etwas damit zu tun, ob ich für eine Organisation rede oder „nur“ als Individuum; auch nicht, ob ich auf persönliches Erleben zurückgreife oder gar nichts von mir persönlich einflechte. Es ergibt sich eher aus der Zwiesprache mit den Anwesenden. Wenn die gelingt, berühren wir uns gegenseitig und das ist toll.

Was die Gedenkstätte für die in der Schlacht von Stalingrad gefallenen Rotarmisten anbetrifft, so musste ich dazu mit meiner Trauer und Verzweiflung umzugehen, dass unsere Regierung schon wieder auch gegenüber Russland nach dem alten Motto handelt: *„Deutsche Panzer, deutsches Geld morden mit in aller Welt“*.

Es ist noch nicht so lange her, dass Deutsche als Barbaren den Menschen im europäischen Teil der Sowjetunion unendliches, nicht zu fassendes Leid angetan haben - und die dort Überlebenden uns trotzdem die Hand zur Versöhnung ausgestreckt haben.

Das kann man kaum sinnfälliger ausdrücken als in Wolgograd, wo der eigenen Toten mit der Musik eines deutschen Komponisten, in der Halle

spielt Robert Schumanns Träumerei, gedacht wird.

### Fixierung auf „umstrittene“ Personen und „falsche Leute“

KP: Innerhalb der „alten“ Friedensbewegung gibt es seit Jahren den Streit um „rechtsoffene“ Protagonisten und Positionen. Beispielsweise gilt Sahra Wagenknecht als anziehend für Großdemonstrationen und Hoffnungsträgerin für den wohl größten Teil der Friedensbewegung, während sie gleichzeitig bei Teilen der Friedensbewegung auch auf Ablehnung stößt.

Bei der „neuen“ Friedensbewegung ist die die Person von Michael Ballweg als Initiator und Organisator der genannten Großkundgebungen wohl in ähnlicher Weise problematisch. Wir reden also von „umstrittenen“ Personen oder solchen, die sich mit „falschen“ Leuten umgeben. Was bewirkt diese Personenfixierung?

CR: Gegenfrage: Wer definiert, welches die falschen und welches die richtigen Leute sind? Die größten Möglichkeiten dazu haben wegen Reichweite und ständiger Wiederholung die Mainstreammedien. Sie beanspruchen die Definitionshoheit über so wichtige Begriffe wie „Demokratie“ und „rechts“ wie „links“.

Um das Beispiel „Demokratie“ zu nehmen: Hunderttausende, darunter wiederum auch erfahrene Antifaschisten, beteiligten sich an den Demonstrationen „gegen rechts“, die maßgeblich aus dem Umfeld der Regierungsparteien initiiert worden sind, d.h. jenen Parteien, die die demokratischen Rechte in einem Maß wie bislang keine bundesdeutsche Regierung vor ihr abbauen.

Diese Definitionsmacht sozusagen „von außen“ wirkt auf die Binnenverhältnisse innerhalb der Friedensbewegung. Sie ist ohnehin von ihrem Charakter und ihrer Tradition eine vielgestaltige Bewegung. Sie muss Weg und Ziel von Frieden immer wieder erneut definieren und erproben in den sich rasch wandelnden Konstellationen der internationalen und nationalen Politik.

Wenn man in dieser Situation „um-

strittene“ Personen meidet, wird es sehr rasch einsam um einen. Wir selbst als Friedensbewegung sind doch in höchstem Maß „umstritten“. Mich inspiriert Mark Twain, der schrieb: „Immer wenn Sie sich auf der Seite der Mehrheit befinden, ist es Zeit, sich zu reformieren (oder innezuhalten und nachzudenken)“. Das gilt für uns jetzt als Minderheit wie für die Zeit, in der wir hoffentlich (!) eine Mehrheitsströmung sein werden.

Die Fixierung von Bewegungen auf Personen kann für eine bestimmte Etappe hilfreich sein - dabei denke ich weniger an unsere kleinteiligen deutschen Verhältnisse, eher an Bewegungen mit der Kraft zum Umsturz, die sich mit Namen verbinden konnten wie Nelson Mandela in Südafrika, Fidel Castro in Kuba, Hugo Chavez in Venezuela. Sie müssen allerdings dieses Stadium dialektisch aufheben durch Transformation in eine eigenwillige Bewegung, die ihre eigenen historischen Wurzeln nicht kappt, sondern sich dessen stets bewusst ist.

### Diffamierungen: lange Traditionslinie

KP: Die von dir genannten Namen ließen sich noch ergänzen. Zu erwähnen wäre insbesondere, dass in den 60er Jahren der Protest gegen den Vietnamkrieg der USA auch zur Identifikation mit deren Gegenpart führte: Ho Chi Minh. Heute ist es hingegen schwierig, politische Persönlichkeiten zu identifizieren, die sich der Kriegsführungsstrategie der USA entgegen stellen. Von besonderer Bedeutung sind deshalb auch die Umbrüche nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus Anfang der 90er Jahre.

Ging es bis dahin innerhalb der Friedensbewegung um eine Zusammenarbeit über ideologische Grenzen und Organisationsstrukturen hinweg, d.h. zwischen Kommunisten und Antikommunisten, so erfolgte in den 90er Jahren ein Wechsel der Feindbilder. Nur so ließ sich ja auch die weitere Existenz der NATO nach außen hin rechtfertigen.

Es ging fortan um Super-Bösewichte, bei denen auch Hitler-Vergleiche nicht gescheut wurden. Wer mochte schon der Dämonisierung von Staatsmännern wie z.B. Saddam Hussein oder Slobodan Milošević entgegen treten, von dem be-

reits vor 2014 erfolgten Umgang mit Wladimir Putin ganz zu schweigen.

Mir persönlich erscheint es, dass die Simplifizierung von komplexen nationalen und geostrategischen Interessen zu einem simplen Freund-Feind-Schema gemäß dem Motto: „Wir sind die Guten und Verteidiger unserer westlichen Werte“ auch auf Teile der Friedensbewegung durchschlägt.

Waren es früher von außen herangetragene Unterstellungen einer „kommunistischen Unterwanderung“ auf organisatorischer Ebene, so werden heute bereits seit längerem Einzelaktivisten diffamiert mit Begriffen wie „rechtslastig“ oder rechtsoffen“. Publizistisch haben wir beide und andere diese Thematik schon vor langen Jahren abgearbeitet und wollen uns sicher nicht wiederholen. Es stellt sich aber immer noch die Frage: Wie gehen wir rein persönlich und offensiv damit um?

CR: Ich bemühe mich vor allem ruhig und besonnen damit umzugehen. Das sage ich deshalb, weil ich derartige Stigmatisierungen - bis hin zu: von den eigenen Leuten als „Nazi“ beschimpft zu werden - nicht einfach wegstecken kann. Ich mache mir dann klar: Das, was die in mir sehen, bin nicht ich; das ist ihr selbstgeschaffenes Zerrbild von mir.

Des Weiteren ist ein gemeinsamer Ratschlag mit Gleichgesinnten wichtig. Es werden ja nicht Einzelne herausgegriffen, weil sie besonders originell denken, sondern weil sie etwas vertreten, was die Friedensbewegung gemeinsam hat und was sie zusammenhält: Eine Bündnispolitik, die in ihrer Breite, Ausstrahlung letztlich auch mobilisierend wirken kann.

Letztlich: Wir dürfen in unseren Kontrahenten keine Feinde sehen, d.h. uns nicht die Denkweise der Regierenden zu eigen machen. Denn Feinddenken teilt die Welt in schwarz und weiß, aus deinem Feind kann zudem niemals dein Freund werden. Dieses Denken ist einfach nur erbärmlich und zehrt uns von innen auf; deshalb machen wir das nicht mit.

Und was den von Dir geforderten „offensiven“ Umgang angeht, so ist

die Friedensbewegung zugleich eine Bildungsbewegung.

Wir müssen uns gegenseitig helfen, immer wieder klar zu erkennen, wer sind die Kriegstreiber und wer sind die Zweifelnden, auch Entmutigten, Unentschlossenen, und noch Uninteressierte.

Wir müssen die Bevölkerung im Blick haben und uns dabei nicht zu sehr ablenken lassen von Nebenschauplätzen, auf denen sich kleine Gruppen einigeln.

### Wie aufeinander zugehen?

KP: Kommen wir zurück auf die Kampagne „Stopp Air Base Ramstein“, an der ich selbst seit den Anfängen mit beteiligt bin und welche seit 2015 eine bemerkenswerte Kontinuität aufweist. Mein Eindruck ist, dass die Struktur der Aktiven im Friedenscamp und bei den jährlichen Demonstrationen dieser Kampagne eine interessante Mischung aus „alten“ und „neuen“ Friedensbewegten ist. Bräuchte es vielleicht mehr solcher regelmäßiger Aktionen, um Bindeglieder zwischen „alt“ und „neu“ zu schaffen?

CR: Ich teile Deinen Eindruck. Die Menschen, die bei „Stopp Air Base Ramstein“ zusammentreffen, sind zudem höchst rücksichtsvoll und aufmerksam gegenüber den Leuten um sie herum. Das macht für mich die besondere Atmosphäre vor allem im Camp aus. Du brauchst anschließend auch keine Müllbrigaden, weil sich dort kein Müll auftürmt.

Es bräuchte eindeutig mehr Möglichkeiten, wo sich „alt und „jung“ in der gemeinsamen Aktion begegnen und dann, da bin ich sicher, annähern werden. Die Abwehr der Stationierung von Lang- und Mittelstreckenraketen wird das Feld sein, auf dem wir schon in den nächsten Monaten deutlich Gräben zuschütten. Dieses gemeinsame Dritte wird „alte“ und „neue“ Friedensbewegung zusammenführen, damit wiederum neue Kräfte dazustoßen. Die Eigenheiten der verschiedenen Teile der Friedensbewegung gilt es nicht einzuebneten, sondern wertzuschätzen. Denn Vielfalt ist unsere Stärke.

## Ukraine: Mehrheit will Verhandlungen

### Ergebnisse einer aktuellen Insa-Umfrage

Eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts INSA im August 2024 hat sensationelle Resultate in Sachen Krieg und Frieden ergeben.

68 % sind für Friedensverhandlungen

65 % sind für Waffenstillstand

48 % sind gegen eine Taurus-Lieferung

46 % beklagen mangelnde Diplomatie

45 % fürchten Krieg in Deutschland

Diese Zahlen sind neu. Warum? Weil bisher die Fragen dazu so detailliert nicht gestellt wurden. Tatsächlich ist eine überwältigende Mehrheit der deutschen Bevölkerung in Sachen Ukraine-Krieg gegenteiliger Meinung als die Bundesregierung. Die repräsentative Umfrage wurde von dem Meinungsforschungsinstitut INSA („Sonntagsfrage“) ausgeführt.

Auf die **Frage** „Sind Sie grundsätzlich für oder gegen Friedensverhandlungen mit Russland?“ antworteten 68 %: Ich bin dafür (Die Hälfte von ihnen ist „absolut“ für Friedensverhandlungen, die andere Hälfte „eher dafür“). In Ostdeutschland sind 76 % für Friedensverhandlungen, in Westdeutschland 66 %. Am stärksten für Verhandlungen sind die WählerInnen des BSW (87 %) und der AfD (82 %) – am wenigsten für Friedensverhandlungen sind die WählerInnen der Grünen (59 %) und der Linken (58 %).

„Und wie würden Sie es bewerten, wenn die westlichen Länder Russland anbieten würden, im Gegenzug zu einem Waffenstillstand und der Aufnahme von Friedensgesprächen auf weitere Waffenlieferungen zu verzichten?“, lautet die Frage an alle, die grundsätzlich für Verhandlungen mit Russland sind (1.358 Befragte). Von ihnen fänden 65 % das „gut“ bis „sehr gut“.

In Ostdeutschland plädierten sogar 79 % für einen Waffenstillstand, in Westdeutschland 62 %. Die Mehrheit der WählerInnen aller Parteien fände einen Waffenstillstand gut, auch die der SPD (58 %) und CDU/CSU (60 %). Nur die Grünen-WählerInnen sind nicht mehrheitlich dafür (42 %). Und – Überraschung – 74 % der FDP-WählerInnen

sind für einen Stopp der Waffenlieferungen bei Verhandlungen.



Grafik: Kopie-etage bad bevensen

Gegen die Lieferung des Waffensystems Taurus durch Deutschland an die Ukraine sind 48 % aller Befragten (davon 28 % „absolut dagegen“ und 20 % „eher dagegen“). Nur 38 % sind dafür.

Interessant sind hier die Altersunterschiede: Je älter die Befragten, desto häufiger sind sie für die Lieferung des Taurus (50 % von über 70). Die unter 30-Jährigen sind zu 55 % dagegen (und nur zu 29 % dafür). Auch Ost/West unterscheidet sich wieder. 60 % der Ostdeutschen sind gegen die Taurus-Lieferung und 45 % der Westdeutschen. Nur 28 % der Ostdeutschen sind dafür, aber 41 % der Westdeutschen (12 bzw. 15 % haben keine Meinung).

Auch hier sind die Grünen-WählerInnen überragend für die Taurus-Lieferung (74 %), gefolgt von der FDP (62 %) und der SPD (51 %) – also die Anhänger aller drei Regierungsparteien.

Auch bei der Frage nach der Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland, die ebenfalls tief nach Russland hinein reichen würden, unterscheiden die Antworten der Geschlechter sich eklatant. 51 % der Männer sind dafür, aber nur 39 % der

Frauen. Allerdings haben 17 % der Befragten bei dieser Frage keine Antwort gegeben. Da ist der Aufklärungsbedarf also noch hoch.

Auf die **Frage** „Fürchten Sie eine Ausweitung des Ukrainekrieges auf Deutschland?“ antworteten je 45 % der Befragten mit Ja und 45 % mit Nein. Hier ist die Bevölkerung also gespalten. Interessant ist auch an dem Punkt der Unterschied der Geschlechter: 51 % der Frauen befürchten eine Ausweitung des Krieges auf Deutschland, aber nur 39 % der Männer (13 bzw. 7 % haben keine Meinung).

Ost/West unterscheidet sich ebenso bei der Frage. Im Osten fürchten 55 % die Ausweitung des Ukrainekrieges auf Deutschland, im Westen 43 %. Bei den WählerInnen

Die **Frage** „Hat die deutsche Bundesregierung Ihrer Meinung nach im Russland-Ukraine-Krieg diplomatisch genug unternommen, um eine Kriegsgefahr für Deutschland abzuwenden?“, beantwortet eine überwältigende Mehrheit von 46 % mit „Nein“ (Ja 28 %). Noch kritischer sehen das die Ostdeutschen. Sie antworteten zu 56 % mit Nein (43 % der Westdeutschen).

Besonders interessant sind hier die Angaben nach Parteien-Präferenz. Nur etwa die Hälfte der befragten SPD-, Grünen- und FDP-WählerInnen findet, dass die Ampel diplomatisch ausreichend aktiv war, um den Krieg zu verhindern bzw. zu beenden. Und nur einer von vier CDU/CSU-WählerInnen findet, dass der SPD-Kanzler und die grüne Außenministerin diplomatisch genug waren. Bei den AfD-WählerInnen sieht das gar nur jeder achte so. Der relativ hohe Prozentsatz von einem Viertel „Weiß nicht“ zeigt, dass es zu dieser Frage keine ausreichende Transparenz gibt.

Und nun zur **Gretchenfrage** im Verhältnis von Bevölkerung und Regierung: „Ist es für Sie wahlentscheidend bei einer Bundestagswahl, ob eine Partei Friedensverhandlungen im Russland-Ukraine-Krieg fordert?“ Ja! sagen 43 %. Nein! sagen ebenfalls 43 %.

Quelle: [www.emma.de](http://www.emma.de) (Inhalt gekürzt)

## Gerade jetzt: Friedenswissenschaft und Zivilklauseln ausbauen

von Mena Winkler und Jonathan Beullens



Im Juni wurden interne Kommunikationen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) zur Überprüfung von förderrechtlichen Konsequenzen gegen eine Gruppe von ProfessorInnen aufgedeckt. Diese hatten einen Brief in Solidarität mit einer studentischen Besetzung der FU Berlin unterzeichnet. Hintergrund war der laufende Krieg in Gaza.

Diese Affäre wie auch die Forderungen nach dem Rücktritt der Präsidentin der TU Berlin, Geraldine Rauch, aufgrund ihrer friedenspolitischen Positionierungen, sind markante Beispiele für die aktuelle Umkämpftheit der Wissenschaft und ihrer Freiheit nach Art. 5 GG. Im Mittelpunkt steht die Frage: wem nützt die Wissenschaft?

### Die "Zeitenwende" und die Wissenschaften

Mit der Verkündung der sogenannten Zeitenwende wurden die Versuche, die Wissenschaft zu "harter Geopolitik" (Joybrato Mukherjee, Rektor der Uni zu Köln) umzudefinieren, weiter zugespitzt. FDP-Bildungsministerin Bettina Stark-Watzinger hat sich in etlichen Zeitungsbeiträgen<sup>[1]</sup> für eine Verschärfung der Wissenschaftspolitik gegen China ausgesprochen und eine Lockerung der strikten Trennung zwischen ziviler und militärischer Forschung an deutschen Hochschulen angeführt.

Ein Schlüsseldokument zum Verständnis des aktuellen Kampfes um die Zielsetzung der Wissenschaft ist ein im März dieses Jahres veröffentlichtes Positionspapier des BMBF zur "Forschungssicherheit"<sup>[2]</sup>.

Aufbauend auf die "Nationale Sicherheitsstrategie"<sup>[3]</sup> und "China-Strategie"<sup>[4]</sup> der Bundesregierung sollen auch die Wissenschaften zur Aufrechterhaltung des Zugriffs der Unternehmen auf Rohstoffe, Absatzmärkte und billige Arbeitskräfte beitragen. Wegen des sich zuspitzenden Abstiegskampfes der West-

mächte gegenüber "Staaten wie China oder Iran", rhetorisch verschleiert als "systemische Rivalität" und "Multipolarität", sei eine militärische Neuorientierung der Hochschulen durchzusetzen, nach Vorbild von USA und Israel. Durch eine Vielzahl von Leitlinien und Empfehlungen sollen wissenschaftlich Arbeitende "sensibilisiert", also verängstigt und abgeschreckt werden gegenüber ihren ausländischen KollegInnen.

### Zivilklauseln wirken

Das BMBF sieht sich in ihrem Unterfangen jedoch konfrontiert mit Unbehagen aus den wissenschaftlichen Institutionen. Die Trennung von zivil und militärisch an deutschen Hochschulen existiere "aus gewichtigem historischem Grund" und Forschende seien in der Frage ihrer Lockerung daher "mitunter zurückhaltend". An über 70 Hochschulen gibt es seit 1945 erwirkt eine Zivilklausel.

Die Bevölkerung verbindet mehrheitlich mit den Wissenschaften zivile Forschung für den gesellschaftlichen Fortschritt. Dieses "Problem" des historischen Bewusstseins aus zwei Weltkriegen will das BMBF durch die Schaffung von "Förderanreizen" insbesondere aus dem Verteidigungsministerium lösen. Im Drittmittel-dominierten deutschen Wissenschaftssystem kommt dies einer Kampfansage gegen die Wissenschaftsfreiheit gleich.

### Solidarität statt Staatsräson

Die geschilderten Überlegungen des BMBF sind der Rahmen für aktuelle antidemokratische Entwicklungen wie die anfangs erwähnte Fördermittelaffäre in Berlin oder die Diskussion um die Implementierung der Antisemitismusdefinition durch die IHRA (International Holocaust Remembrance Alliance) in Hochschulsatzungen. („Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden, die sich als Hass gegenüber Jüdinnen und Juden ausdrücken kann ...“) Sie sollen einer emanzipatorischen Wissenschaft entgegenwirken,

die durch ein kritisches Verständnis der Weltlage die den gegenwärtigen Kriegen zugrundeliegenden Interessenlagen beleuchtet und damit wirkliche Friedensperspektiven liefern kann.

Denn das ist das Potential der Bildung: sie trägt zum Verständnis der eigenen Lage und der des Gegenübers bei; sie schafft die Mittel, mit denen die Völker erst selber reden können!

### Zivilklauseln als Lehre aus zwei Weltkriegen ...

Wie das BMBF treffend erkennt, ist diese Einsicht historisch begründet. Nach der militärischen Niederlage Deutschlands 1945 sollten Demokratisierung, Demonopolisierung, Denazifizierung und Demilitarisierung<sup>[5]</sup> die Säulen zur "Vernichtung des Faschismus mit seinen Wurzeln" (Schwur von Buchenwald) darstellen.

Dies betraf auch die Hochschulen. Sie waren maßgeblich an der Entwicklung deutschen Kriegsgeräts sowie an der pseudowissenschaftlichen, propagandistischen Legitimierung von Massenmord, Versklavung und Plünderie beteiligt. Dies kam nicht zuletzt den großen Wirtschaftsmonopolen wie der I.G. Farben zugute.

### ... und für soziale Entwicklung

Die 1949 im Grundgesetz erungene Wissenschaftsfreiheit unter Art. 5 Abs. 3 sollte eine solche Vereinnahmung der Hochschulen in Zukunft verhindern. Die WissenschaftlerInnen sollten das Recht und die Bedingungen haben, die Würde des Menschen nach Art. 1 GG zu verwirklichen - wofür die Realisierung des Friedensgebots (Art. 26 GG), des Sozialstaatsprinzips (Art. 20 GG) und die Möglichkeit der Vergesellschaftung (Art. 15 GG) entscheidend sind. In diesem Zusammenhang sind auch die ersten Zivilklauseln, Selbstverpflichtungen zu ziviler und friedlicher Forschung, an deutschen Wissenschaftsinstitutionen zu verstehen.

## Wissenschaften und ihr Beitrag zum Frieden

Der Gedanke der Bildung für den Frieden findet sich ebenfalls auf internationaler Ebene in Artikel 26 der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, verabschiedet 1948:

*„Sie [Die Bildung] muss zu Verständnis, Toleranz und Freundschaft zwischen allen Nationen und allen rassischen oder religiösen Gruppen beitragen und der Tätigkeit der Vereinten Nationen für die Wahrung des Friedens förderlich sein.“*

Das Herbeiführen von ebendieser Verständigung in der Wissenschaft und damit auch Diplomatie über den Eisernen Vorhang des Kalten Krieges hinweg sollte sich als schwieriges, aber dennoch erfolgreiches Unterfangen ergeben. Ein Projekt, was diesem Ziel zuarbeitete, war das CERN (Europäische Organisation für Kernforschung). Kurz nach ihrer Gründung 1954 gab es bereits erste Kontakte zum sowjetischen Joint Institute for Nuclear Research (JINR), welche im Laufe der folgenden Jahre ausgebaut wurden und in Austausch sowie gemeinsame Forschungsprojekte mündeten.

An der Universität Hamburg trugen ihre Mitglieder im Frühjahr 1980 entscheidend zum Friedensprozess der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) bei: Auf dem „Wissenschaftlichen Forum“ der KSZE verständigten sie sich sowohl mit WissenschaftlerInnen der NATO-Staaten, als auch der Staaten des Warschauer-Pakts u.a. zu Fragen alternativer Energiequellen und schufen so die Perspektive, dass „blockübergreifende“ Verständigung nachhaltig gelingt.

## Notwendig: Internationale Wissenschaftskooperationen

Es ist bezeichnend, dass Kooperationen, die Jahrzehnte dem enormen Druck des Kalten Krieges standhielten, heute in Frage gestellt werden. Nur so lassen sich die aktuellen Kriege führen und vorbereiten. So kündigte das CERN kurz nach dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine 2022 das Einfrieren aller institutioneller Zusammenarbeit mit dem JINR an.

Das Gros der deutschen Hochschulen stellte Forschungsprojekte und formale Kontakte mit russischen Pendants über Nacht ein. Oftmals geschah dies ohne eine Kenntnis darüber, was dieses für die Praxis von Forschung und Lehre bedeutet.

Die notwendige gesellschaftliche Entwicklung zur Verwirklichung der Menschenwürde macht es unausweichlich, den wissenschaftlichen Austausch und die Zusammenarbeit zu den drängenden Menschheitsfragen wie Klimawandel, Krieg und Flucht erneut aufzubauen und auszuweiten.

Nicht nur mit Russland, auch mit „Staaten wie China und Iran“. Dies kann nur durch aktives Eingreifen der Hochschulangehörigen in den Lauf des Wissenschaftsbetriebs realisiert werden. Entgegen einer passiven Unterordnung gegenüber den Druckmitteln der Herrschenden ist es notwendig sich als handelndes Subjekt im „Kampf um die Köpfe“ zu verstehen und die Auseinandersetzung vor Ort für die eigenen demokratischen Rechte, für die Völkerverständigung und gegen die Militarisierung der Bildungsinstitutionen zu führen.

## Neue Impulse für Zivilklauselbewegung

Um dies anzugehen, haben wir uns vor allem mit Studierenden und Lehrenden, aber auch Gewerkschaftern und Friedensbewegten als Zivilklauselbewegung auf zwei Kongressen im November 2023 und März 2024 neu konstituiert. Im Wissen um das Drängen des militärisch-industriellen Komplexes in die Hochschulen und der Androhung von Exmatrikulationen und Berufseinschränkungen mit u.a. der IHRA Antisemitismusdefinition, wollen wir die friedensbewegte Geschichte der Wissenschaften fortführen.

Entscheidend ist, dass die Hochschulmitglieder Verantwortung dafür übernehmen, dass ihre Erkenntnisse zu sozialen Verbesserungen beitragen – insbesondere im Dual-Use-Bereich, wo sowohl zivile als auch militärische Nutzen aus der Forschung gezogen werden können. Damit werden die Grundlagen für umfassende Gesundheit, kulturelle Teilhabe, gute Arbeits-



bedingungen, nachhaltige Mobilität als Faktor für egalitäre weltweite Beziehungen größer. Andersrum gilt: wenn wir uns nicht an Kriegsforforschung beteiligen, werden Waffen, wie weitere Atombomben, gar nicht erst entwickelt.

Damit die Hochschulmitglieder in diesem Sinne arbeiten können, streiten wir dafür, dass die Hochschulen auskömmlich öffentlich finanziert, demokratisiert und Arbeits- und Studienbedingungen verbessert werden. Jeder Euro, der in die Bildung geht, kann nicht für Rüstung ausgegeben werden und ist ein Beitrag, damit wir klüger werden, um Kriege zu beenden.

Wir bringen Aktive zusammen, die für den Ausbau von Friedenswissenschaft durch bspw. Ringvorlesungen wirken und gegen die Infragestellungen von Zivilklauseln durch bspw. die Hessische und Bayerische Landesregierung und das Direktorium des DESY in Hamburg streiten. Und verbinden dies mit der, insbesondere auch an den Hochschulen, neu entwickelten Palästina-Solidaritätsbewegung.

Die Hochschulkooperationen im Kalten-Krieg sowie bis heute bestehende Friedensforschungsinstitute und Friedensforschungsbereiche in den Hochschulen sind nicht zuletzt im Zusammenspiel von Studierenden- und Friedensbewegung begründet worden. In diesem Sinne laden wir alle ein, auch im heutigen Ringen um die Hochschulen mit zu denken und zu wirken.

*Fußnoten und Abkürzungen:*

*Siehe online-Fassung*

*Weitere Infos: [www.zivilklausel.de](http://www.zivilklausel.de)*

## Palästinenser in Deutschland zwischen Repression und Solidarität

Interview mit George Rashmawi



George Rashmawi ist Sprecher der palästinensischen Gemeinde Deutschland e.V. und Vorsitzender der Union der Palästinensischen Gemeinden, Institutionen und Aktivitäten in Europa.

*FJ: In Deutschland lebt wohl die größte palästinensische Community Europas. Wie viel Repression haben die Proteste gegen den israelischen Genozid in Gaza bisher erleben müssen und wie unterscheidet sich dieses von anderen europäischen Ländern?*

Die Repression gegen die in Deutschland lebende palästinensische Bevölkerung (ca. 180.000 Menschen) hat sich auf unterschiedlichen Ebenen deutlich sichtbar gemacht. Ab dem 08.10.2023 war die Hölle los.

Palästinensische Vereine wurden verboten oder sie wurden indirekt gezwungen ihren Verein zu schließen, wie beispielsweise die „Palästinensische Gemeinschaft“ in Deutschland.

Es wurden Häuser von zahlreichen Palästinenser\*innen in verschiedenen Städten wie Berlin und München durchsucht. Einige wurden verhaftet, so auch ein palästinensischer Arzt aus Bochum.

Universitäten, Schulen und Ausbildungszentren, bekamen unmittelbar nach dem 7. Oktober von ihrem Ministerium Schreiben dazu, wie man mit Fragen bezüglich des israelisch-palästinensischen Konflikt umgehen sollte.

Die Regierung und die Massenmedien haben mit aller Kraft das Selbstverteidigungsrecht Israels bekräftigt und gleichzeitig die Rechte der in Gaza lebenden Palästinenser ignoriert.

Auch die Ausländerbehörden reagierten. Mehrere Palästinenser die die Einbürgerung im Oktober 2023 bekommen

sollten, erhielten die Nachricht, sie sollen noch 6 Monate auf diese warten. Für manche wurde die Aufenthaltsgenehmigung nur für drei Monate verlängert, obwohl sie normalerweise ein Jahr bekommen sollten. So war es bei manchen palästinensischen Studenten der Fall.

Das Verbot von palästinensischen Demos und Symbolen wie das Tragen von palästinensischen Fahnen oder Tüchern wurde zum Alltag. Auch wurden einige Parolen verboten.

Die massive Präsenz der Polizeikräfte sollte die Demonstrierenden einschüchtern. Viele palästinensische Aktivisten bekamen Vorladungen bei der Polizei oder der Staatsanwaltschaft mit dem Vorwurf, sie würden Volksverhetzung ausüben.

Alle Einschüchterungsversuche sind fehlgeschlagen, weil die Bevölkerung in Deutschland verstanden hat, dass Israel keinen Rachezug gegen die Hamas durchführt sondern einen Völkermord (Genozid) in Gaza vollzieht.

Die palästinensische Community hat in den letzten 11 Monaten erfahren, dass ihr Recht auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit immer häufiger eingeschränkt wurde.

Man muss hierbei erwähnen, dass mittlerweile einige europäische Staaten die Repressalien gelockert haben.

Nach über 45.000 toten Palästinenser\*innen, darunter knapp 70% Frauen und Kinder, und mehr als 100.000 Verletzten sollte jedem klar sein, dass es der israelischen Regierung nicht um einen Racheakt geht, sondern um eine Endlösung in dem Konflikt.

*FJ: Praktisch alle Gesundheitseinrichtungen in Gaza sind inzwischen zerstört. Einige europäische Länder waren deshalb dazu bereit, bestimmte Kontingente an Kindern zur medizinischen Versorgung aufzunehmen. Durch eine deutsche Initiative gelang es, mit eigenen Spenden-sammlungen und Kostenübernahmen durch Kliniken 40 Behandlungsplätze*

*für Kinder aus Gaza zu organisieren. Dieses scheiterte an der Bundesregierung. Wie haben Sie diese Initiative wahrgenommen?*

Als Mensch und als palästinensischer Aktivist habe ich diese Initiative mit vollem Herzen unterstützt. Das Auswärtige Amt hat sich im wahrsten Sinne des Wortes mit der Begründung seiner Ablehnung lächerlich gemacht.

Es sollten verletzte Kinder aus Gaza nach Deutschland für drei Monate zur medizinischen Behandlung mit Begleitung kommen. Das Ministerium lehnt die Begleitung ab mit dem Vorwand, sie könnten Handlanger oder Unterstützer von Terrorgruppen sein.

Mit anderen Worten diese armen, verletzten Kinder werden bestraft und ihnen wird die medizinische Versorgung verwehrt, obwohl alle amtlichen Voraussetzungen dafür erfüllt wären.

Ich hoffe die Verantwortlichen revidieren sehr schnell ihre inhumane und unverständliche Entscheidung.

*FJ: Welche Unterstützung außerhalb der palästinensischen Community in Deutschland gab es speziell seit dem 7. Oktober letzten Jahres und wo ist das noch stark ausbaufähig?*

Die Solidarität mit dem palästinensischen Volk nahm seit Ende Oktober 2023 schnell zu. Es gibt in nahezu allen großen Städten Deutschlands Soli-Gruppen, die miteinander oder allein agieren. Ihre politischen Differenzen überschatten manchmal die Zusammenarbeit für Palästina.

Manche erhöhen ihre politischen Forderungen und damit schaden sie bewusst oder unbewusst dem Kampf des palästinensischen Volkes für sein Selbstbestimmungsrecht. Es hilft den Palästinensern nicht, wenn die bekannte Parole „From the ...“ ausgerufen wird, weil es uns nicht darum geht, den Staat Israel auszulöschen.

Das bietet den Kräften in Deutschland die Israel blindlings unterstützen, ein willkommenes Argument um die Solidaritätsbewegung in Deutschland zu

diffamieren und die Sympathie für das palästinensische Volk zu reduzieren.

Tatsächlich hat aber der israelische Premierminister Netanjahu im September 2023 bei der UN-Vollversammlung eine Landkarte gezeigt, die zwischen Jordan und Mittelmeer keinen palästinensischen Staat vorsieht. Die Soli Gruppen sollen ihn und seine extrem rechte religiöse Regierung keine Munition liefern damit er weiterhin behaupten kann ,dass die Palästinenser den Staat Israel auslöschen wollen.

Dem gegenüber haben alle der insgesamt 14 palästinensischen Gruppen, die innerhalb oder außerhalb der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) in ihrem letzten Treffen in Peking Ende Juli 2024 eine Übereinkunft erzielt haben, im Gegenteil bekräftigt:

Das politische Ziel ist ein unabhängiger, demokratischer Staat Palästina in dem seit 1967 von Israel besetzten Gebieten, nämlich der Westbank, dem Gaza-Streifen und Jerusalem als Hauptstadt zu errichten und das Recht der palästinensischen Flüchtlinge von 1948 auf Rückkehr in ihre Heimat laut UN-Resolution 194 zu unterstützen.



*Kundgebung vom 31.8.2024 in Düsseldorf zum Antikriegstag.  
Auf der Bühne: Andrej Hunko, MdB (BSW), Foto: Ellen Steinhäuser*

Wir sind glücklich über die Solidaritätsbewegung, die schnell in Deutschland, vor allem unter den Studenten, Fuß gefasst hat.

Was bis jetzt fehlt, sind die Gewerkschaften ,die Parteien die bis jetzt Zuschauer sind und zuletzt die breite

Masse in der deutschen Gesellschaft. Diese sehen bis jetzt mit Ton und Bild die Auslöschung des palästinensischen Volkes und verschließen davor die Augen. Keiner darf jetzt noch sagen: "Wir haben nichts gewusst".

*Interviewfragen: Karl-Heinz Peil*

### **Innenministerium verweigert verwundeten Kindern aus Gaza Behandlung in Deutschland**

32 schwerverletzte Kinder wollte eine deutsche Hilfsorganisation in Deutschland behandeln lassen, 40 Chefärzt:innen hatten sich am 12. April bereit erklärt, sie umsonst zu behandeln und unterzubringen, wie die Süddeutsche Zeitung berichtet. Heute, fast drei Monate später, ist keines der Kinder in Deutschland, mehrere sind tot. Sie alle hätten gerettet werden können, doch die deutsche Politik verhinderte dies.

Verhindert wurde es vom SPD geführten Innenministerium & dem Außenministerium unter Leitung der Grünen, dessen Ministerin Baerboch viel vom Schutz der Kinder in Gaza redet, in der Praxis jedoch nichts dafür tut - im Gegenteil. Nicht zu letzt haben Baerbock sowie weitere Minister selbst zu der größten humanitären Katastrophe des 21. Jahrhunderts beigetragen, die sich gerade im Gazastreifen abspielt.

Kerstin van Ark, die Geschäftsführerin der Deutschen Gesellschaft für Plastische, Rekonstruktive und Ästhetische Chirurgie e. V., die den Rettungsversuch organisierte, erklärt dazu: "Ich dachte, wir leben in einem humanitären Land. Deshalb haben wir auch nicht aufgegeben."

Die Position des Ministeriums bleibt bis heute hart: Man müsse Sicherheitsrisiken bei Begleitpersonen der Kinder beachten, hinzu käme eine unklare Rückkehrperspektive – man fürchtet anscheinend, Terroristen oder Asylbewerber ins Land zu holen. Es ist ein Schlag ins Gesicht von Genozidopfern und humanitären Helfer:innen.

Viele Helfer sind mehr als verärgert: „Wie kann es sein, dass derweil über 100 Kinder nach Italien, mehrere verletzte Kinder in die USA, nach Abu Dhabi, Algerien, Oman und Kuwait verbracht wurden und es nicht gelingt, die Einreise nach Deutschland zu ermöglichen, wo doch alles organisiert ist?“, fragt Frank Peter, Gründer der an der Aktion beteiligten Organisation Placet, mit der plastische Chirurgen Terror- und Gewaltopfern helfen.

Van Erk kann es nicht nachvollziehen, dass man in schwerverletzten Kindern ein Sicherheitsrisiko sehen kann. „Es ist ein bisschen so, als würden die Pingpong mit einem spielen. Manchmal hat man den Eindruck, dass sie einen so lange von Behörde zu Behörde schicken, bis sich das Problem von allein gelöst hat – und alle verstorben sind.“ Van Arks Liste ist heute fast vollständig rot. Die Kinder sind entweder in andere Länder gebracht worden, nicht auffindbar oder eben tot.

*Quelle: Palästina-Forum Nahost Frankfurt / occupiednews.com*

## Der Bankrott der westlichen Werte im Gazakrieg

Johannes Zang: *Kein Land in Sicht? Gaza zwischen Besetzung, Blockade und Krieg*, Papyrossa-Verlag Köln, ISBN 978-3-89438-835-5, 19,90 Euro



Das neue Buch von Johannes Zang schildert im Detail die katastrophalen Zustände, die Israel im Gazastreifen angerichtet hat – und wie es zu dieser Barbarei gekommen ist.

Der Nahe Osten steht am Abgrund: Israels Politiker und Militärs haben alle Hemmungen abgelegt. Im Gazastreifen haben sie einen Genozid begangen und sind noch dabei, ihn fortzusetzen – wohl mit dem Ziel, die restlichen Palästinenser endgültig aus dem Streifen und auch aus dem Westjordanland zu vertreiben. Eine neue ethnische Säuberung ist also in vollem Gange. Zudem haben die Israelis Führer des Hamas und Hisbollah umgebracht und riskieren damit wohl ganz bewusst den großen Krieg, von dem sich die Zionisten erhoffen, alle Probleme der Region in ihrem Sinne lösen zu können.

Der Westen – also die USA, die EU und vor allem auch Deutschland – stehen loyal hinter Israel und liefern sogar noch Waffen für die große Abrechnung mit der „Achse des Bösen“ – dem Iran und seinen Verbündeten. Die deutsche Außenministerin klagt in dieser brand-

gefährlichen Situation nicht den Brandstifter Israel an, sondern das Opfer. Der Mullah-Staat soll sich „mäßigen“ und „zurückhalten“. Der Iran, eine stolze Nation, soll dem zionistischen Treiben auf seinem Staatsgebiet (der Mord an dem Hamas-Führer Hanija war ja nicht der erste auf iranischen Boden) also wohl ohne Widerspruch hinnehmen. Sancta simplicitas! Friedensinitiativen, die den Namen wirklich verdienen, hat der Westen weder in der Vergangenheit noch jetzt unternommen. Man hat Israel gewähren lassen, diesen Staat obendrein mit allen Mitteln unterstützt, seine Gewaltpolitik durchzusetzen, und riskiert nun das große Amageddon.

Wer diesen ganzen moralischen und inhumanen Wahnsinn verstehen will, sollte das neue Buch von Johannes Zang lesen: *Kein Land in Sicht? Gaza zwischen Besetzung, Blockade und Krieg*. Der Autor, der Israel und die besetzten Gebiete bestens kennt, weil er viele Jahre dort verbracht hat, schildert in kurzen, übersichtlichen Kapiteln die Tragödie, die die Schaffung des zionistischen Staates zur Folge hatte: die brutale Vertreibung, Unterdrückung und Besetzung eines ganzen Volkes, das offensichtlich gerade im Gazastreifen und auch im Westjordanland zur endgültigen Aufgabe seiner Existenz in Palästina gezwungen werden soll.

Der Autor schont in seinen Beschreibungen auch die Palästinenser nicht, schildert vorurteilslos und realistisch ihre Differenzen, Widersprüche und Gewaltausbrüche untereinander. Aber der Konflikt zwischen den beiden Völkern ist von Anbeginn an zu asymmetrisch gewesen, als dass man von der Auseinandersetzung zwischen zwei gleichstarken „Seiten“ sprechen könnte.

Die Zionisten hatten bei der Realisierung ihres Siedlerprojekts immer durch die Unterstützung der imperialistischen Mächte – erst Großbritannien und dann die USA – das politische und militärische Übergewicht. Die andere Seite hatte so gesehen nie

eine Chance. Die Zionisten haben diese Chance mit aller Skrupellosigkeit genutzt und sich deswegen auch erfolgreich durchgesetzt, aber Recht und Moral sind nicht auf ihrer Seite. Israel ist heute ein Pariastaat, der – sieht man von der westlichen „Wertegemeinschaft“ ab – kaum noch Vertrauen in der Welt besitzt.

Man kann dem Autor keine Einseitigkeit vorwerfen, er versucht immer wieder, auch der israelischen Seite gerecht zu werden, prüft ihre Argumente, möchte auf sie eingehen und sie verstehen, aber die gewaltige Last des Unrechts, das der zionistische Staat den Palästinensern in der Vergangenheit angetan hat und auch immer noch antut, zwingt ihn doch immer wieder, die Partei der Palästinenser zu ergreifen in ihrem gerechten Kampf um Selbstbestimmung, Gleichheit, Gerechtigkeit und menschliche Würde.

Man könnte das Gesagte mit vielen Beispielen aus dem Buch belegen. Aber ein Beispiel ist besonders aufschlussreich und erschütternd, weil es die Brutalität des israelischen Vorgehens im Gazastreifen bloßlegt und erklärt, warum die Totenzahlen solche schrecklichen Höhen erreichen. Die israelische Armee setzt ganz offensichtlich KI bei seinem rücksichtslosen Morden ein. Diese Technik hilft bei der genauen Erstellung der Ziele. Zang schreibt unter Berufung auf israelische Quellen:

*„Die Recherche legt offen, welches Zahlenverhältnis die Armee zu akzeptieren bereit war. Für jeden Hamas-Kämpfer unterer Hierarchieebenen, war es erlaubt, bis zu 15 oder 20 Zivilisten zu töten, bei einem Hamas-Bataillons-Kommandeur dagegen durften es, mehr als 100 Zivilisten sein. Um Ayman Nofal, Hamas-Kommandeur der Gaza-Mitte-Brigade, am 17. Oktober 2023 zu eliminieren, gab die Armee grünes Licht, um etwa 300 Zivilisten zu töten.“*

Diese Angaben stimmen sehr genau mit den täglichen Nachrichten vom Kriegsschauplatz überein.

Es ist kein Geheimnis, dass Israel einer der führenden Produzenten von Rüstungs- und Sicherheitstechnik auf der Welt ist, und dass es seine Kriege dazu nutzt, um neu entwickelte Superwaffen zu testen und sie dann als „praxiserprobt“ exportieren zu können. Einer solchen Übermacht an hypermodernen Tötungstechniken haben die Palästinenser und speziell die Hamas nichts entgegenzusetzen. Deren selbst gebastelte Raketen bezeichnen israelische Militärs als „fliegende Mülltonnen“.

Im Nachwort seines Buches rechnet Zang mit der Nahost-Politik des Westens und damit auch Deutschlands ab. Diese Staaten rühmen sich, universalistisch gültige Werte zu vertreten, unterstützen als Verteidiger der israelischen Politik in Wirklichkeit aber das Gesetz des Dschungels. Menschenrechte, Genfer Konvention, internationales humanitäres Recht, UNO-Charta – alles Fehlangezeigt! Der Autor folgert:

*„Statt auf das Ende [der Militärbesatzung] hinzuwirken, haben Deutschland, Frankreich, Großbritannien und die USA, ja die ganze Staatengemeinschaft – zumindest die westliche – durch ihr Schweigen und Wegsehen Israel geradezu ermuntert, den Weg der Kolonisierung, Enteignung und Unterdrückung fortzusetzen. Straflosigkeit war sozusagen garantiert.“*

Der Gaza-Krieg hat die politischen Fronten in Deutschland weiter polarisiert. Wer Sympathien für die Sache der

Palästinenser äußert, ein Ende des Krieges und Menschenrechte und Selbstbestimmung für dieses Volk einfordert, muss damit rechnen, als „Antisemit“ angeprangert zu werden. Es sei hier noch einmal wiederholt, weil es so unglaublich ist: Der Einsatz für Menschenrechte führt in Deutschland zum „Antisemitismus“-Vorwurf – was für eine infame Perversion und was für eine falsche Schlussfolgerung aus dem Holocaust!

Zang beschreibt ausführlich, wie sich diese Perversion in den deutschen Medien fortsetzt und als ideologische Position festgesetzt hat. Die Leitmedien verteidigen so gut wie ausnahmslos Israels verhängnisvollen politischen Kurs. In den Talkshows sind auch nur die Nachbeter der israelischen Politik zu sehen – kritische Juden, die universalistische Positionen vertreten, haben keinen Zutritt. Auch die werden schon als „Antisemiten“ tituliert! Was für eine zynische Anmaßung: Deutsche, denen bestimmte Juden nicht passen, prangern diese als „Antisemiten“ an! Verlierer in diesen an McCarthy erinnernden Kampagnen ist das Kernelement der Demokratie. Die Meinungs- und Informationsfreiheit.

Die deutschen Politiker, die hinter Israel stehen, müssen sich von der israelischen Journalistin Amira Hass – Zang zitiert sie ausführlich – sagen

lassen, dass sie mit ihrer Loyalität gegenüber dem Besatzungs- und Apartheidstaat Israel die aus dem Holocaust erwachsene Verantwortung „verraten“ haben. Und der Ägypter Mohamed El Baradei, der frühere Generaldirektor der Internationalen Atomenergiebehörde, schreibt dem Westen und damit auch den Deutschen ins Stammbuch:

*„Darüber hinaus hat die arabische bzw. die muslimische Welt das Vertrauen in vermeintlich westliche Normen wie Völkerrecht und internationale Institutionen, Menschenrechte und demokratische Werte verloren. Ihrer Ansicht nach macht der Westen selbst vor, dass rohe Gewalt über allem steht. (...) Ohne eine radikale Reform der internationalen Ordnung wird der Gaza-Krieg ein Vorboten einer außer Kontrolle geratenen Welt sein.“*

Die westliche und deutsche Sicht auf Israel und den Nahen Osten sowie die Rolle, die diese Staaten dort spielen, bedürfen einer dringenden Korrektur, sie haben sich dort den falschen „Werten“ verpflichtet und verteidigen diese auch noch mit äußerster Gewalt. Johannes Zang hat ein wichtiges Buch geschrieben, das hilft, die Entstehung und die Gegenwart des nahöstlichen Chaos zu verstehen und Wege in eine bessere Zukunft zu weisen.

Arn Strohmeier

### „Die USA haben Netanjahu nicht unter Kontrolle“

*Auszug aus Interview mit Jacques Baud in: Zeitgeschehen im Fokus*

Netanjahu steht vor einer strategischen Niederlage, und für ihn wird es zusehends enger. Viele Staaten haben sich an der Klage Südafrikas gegen Israel beteiligt.

Die Huthis haben den Schiffsverkehr durch das Rote Meer Richtung Eilat nahezu vollständig zum Erliegen gebracht. Infolgedessen ist der Hafen von Eilat kurz vor dem Konkurs. Die Schiffsversicherungen wollen die Schiffe, die Richtung Eilat fahren, nicht mehr versichern.[...]

Die Israelis haben nicht die richtige Strategie. Sie führen den Krieg wie gegen einen konventionellen Feind. Sie haben nicht verstanden, dass die Hamas und die Palästinenser eine Widerstandsbewegung sind. In meinem Buch, das am 7. Oktober mit dem Titel «Die Niederlage des Siegers» auf Deutsch herauskommen wird, zeige ich die ganze Problematik auf.

Das bedeutet, dass der strategische Erfolg nicht die Summe der taktischen Erfolge ist. Was wir als Feldsiege sehen, nährt in Wirklichkeit eine immer schärfere und tiefere Kritik an Israel. Für unsere Journalisten wird der Erfolg in der Anzahl der getöteten Palästinenser gemessen. Für den Rest der Welt zeigt dies Israels Unfähigkeit, ein Problem anders als mit Brutalität anzugehen.

In Wirklichkeit kontrollieren die israelischen Streitkräfte trotz der vielen getöteten Palästinenser keines der Gebiete, die sie besetzt und zerstört haben. Die Anwendung von Folter und Massakern, die von der UNO als solche anerkannt und angeprangert wurden, haben Israel von einem respektierten Staat zu einem verachteten Staat gemacht. Wie auch immer das Endergebnis aussehen mag, Israel hat diesen Krieg schon jetzt verloren.

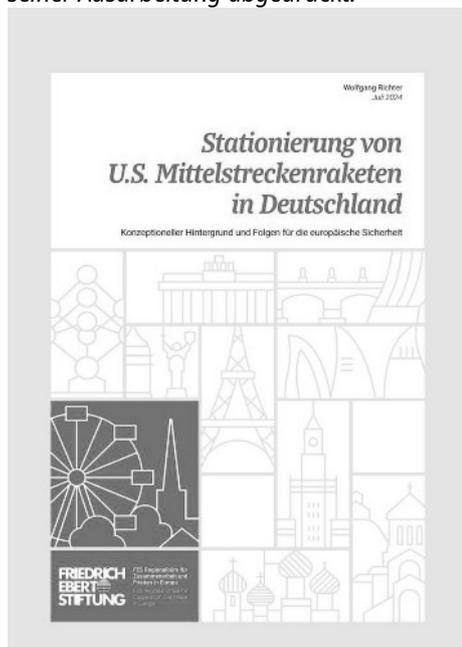
Es gab Lösungen für diese Situation. Aber die Israeli akzeptieren weder Ratschläge noch Kritik. Wenn sie über ihr Verhalten nachdenken würden, könnte das Problem in wenigen Wochen gelöst werden. Aber das wollen sie nicht.

*Quelle: Globalbridge (28.8.24)*

## Stationierung von U.S. Mittelstreckenraketen in Deutschland

von Wolfgang Richter

*Oberst a.D. Wolfgang Richter hat für die Friedrich-Ebert-Stiftung eine umfangreiche Analyse zur Stationierung von U.S. Mittelstreckenraketen in Deutschland verfasst. Nachfolgend ist das abschließende Fazit seiner Ausarbeitung abgedruckt.*



Die USA und Deutschland haben am 10. Juli 2024 am Rande des Washingtoner NATO-Gipfels bilateral erklärt, ab 2026 amerikanische landgestützte Raketen (Long-Range Fires/LRF) in Deutschland zu stationieren. Die Erklärung lässt entscheidende Fragen zur Bedrohung, auf die reagiert werden soll, zum operativen Konzept der Stationierung, zur Anzahl und strategischen Reichweite der genannten Systeme SM-6, Tomahawk und Long-Range Hypersonic Weapon und ihre Implikationen für die Sicherheit Deutschlands und Europas unbeantwortet. Die Folgen für die Rüstungskontrolle bleiben unbeachtet.

Die bilaterale Erklärung findet sich auch nicht in der gemeinsamen Bündniserklärung des Washingtoner NATO-Gipfels wieder. Sie singularisiert Deutschland in Europa, da die Risiken der Stationierung – anders als im NATO-Nachrüstungsbeschluss von 1979 – nicht von europäischen Partnern geteilt werden.

Dies wirft Fragen nach der Risiko- und Lastenteilung und der gemeinsamen Verantwortung für das strategische

Konzept des Bündnisses auf, vor allem nach der Verantwortung für Einsatzentscheidungen und deren Folgen für Deutschland und Europa.

Die LRF-Systeme werden der 2. Multi-Domain Task Force (MDTF) des US-Heeres in Wiesbaden zugeordnet. Die Stationierung der 2. MDTF begann bereits 2021, also vor dem russischen Angriff auf die Ukraine. Das MDTF-Konzept entstand lange vor dem Ende des INF-Vertrags (2019) im Rahmen des Intermediate Range Conventional Prompt Strike (IRCPS) Programms und richtete sich vorrangig gegen die A2/AD-Fähigkeit Chinas im ostasiatisch-westpazifischen Raum. Schon 2017 wurde die erste von fünf MDTFs aufgestellt. Die Zuordnung der strukturell längst vorgesehenen LRF-Systeme zu den MDTFs war jedoch erst möglich, nachdem der INF-Vertrag gekündigt war.

Die Annahme, dass trotz der vielfältigen luft- und seegestützten Fähigkeiten der NATO eine Fähigkeitslücke bei landgestützten Mittelstreckenraketen besteht, überzeugt nicht. Auch bisher war es möglich, wichtige operative Ziele in Russland durch verbundene Luftangriffsoperationen abzudecken. Anderenfalls wären die Beschaffung von F-35 Stealth-Bombern (auch) für die Bundeswehr und das Konzept der nuklearen Teilhabe operativ nutzlos und strategisch unglaubwürdig. Aber selbst, wenn die zusätzliche Fähigkeit strategischer LRF-Systeme zum Überraschungsangriff als operativer Zugewinn betrachtet wird, müssen dagegen die gravierenden Risiken für die Sicherheit Deutschlands und Europas sowie die Folgen für die globale Stabilität abgewogen werden, die mit der Entscheidung verbunden sind.

Die Stationierung landgestützter Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite von knapp 3.000 km hat das Potential, von Deutschland aus Ziele von strategischer Bedeutung in der Tiefe Russlands nach kurzer, verdeckter Vorbereitung anzugreifen. Gegenüber see- und luftgestützten Systemen sind

die verbleibenden Warnzeiten erheblich reduziert. Die Stationierung verändert somit das strategische Gleichgewicht zwischen den USA und Russland. Die Bedrohung vitaler Sicherheitsinteressen Moskaus allein als eine Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine zu rechtfertigen, greift angesichts der schwerwiegenden Folgen zu kurz. Denn eine Ausweitung des Konflikts auf ganz Europa und eine Gefährdung der strategischen nuklearen Stabilität muss verhindert werden.

Anders als der Nachrüstungsbeschluss der NATO von 1979 zeigt die bilaterale Erklärung keinen Weg auf, wie die Stationierungsentscheidung durch kooperative Mitwirkung Russlands abgewendet werden kann. Sie verschärft somit vorbehaltlos die Konfrontation zwischen Russland und der NATO. Sie trägt auch dazu bei, Moskaus Motiven für die Fortsetzung des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs gegen die Ukraine neue Nahrung zu geben. Denn seit Langem richtet sich sein Sicherheitsinteresse darauf, die NATO auf Abstand zu halten und eine Stationierung von Kurz- und Mittelstreckenwaffen in seiner geographischen Nähe zu verhindern.

Damit vergibt die bilaterale Erklärung auch die Chance, durch die Wahrung eines reziproken Moratoriums einen Wettlauf um die Stationierung von Mittelstreckenwaffen in Europa zu vermeiden. Sie gefährdet zugleich die Wiederaufnahme strategischer Stabilitätsgespräche zwischen den USA und Russland und erhöht die Gefahr, dass nach dem Auslaufen des New START-Vertrags im Februar 2026 erstmals seit den 1960er Jahren keine rechtsverbindlichen Begrenzungen für strategische Nuklearwaffen mehr existieren. Dies öffnet die Schleusen für ein neues atomares Wettrüsten und verschärft die globale Instabilität.

Die Stationierungsentscheidung ohne paralleles Dialogangebot reduziert signifikant die Aussichten, die Rüstungskontrolle in Europa und weltweit wiederzubeleben und einen

globalen und regionalen Rüstungswettlauf zu verhindern. Dies steht im Widerspruch zu den Zielen der Nationalen Sicherheitsstrategie der Bundesregierung.

Die erwartbare russische Gegenstationierung nuklearfähiger Raketen wird Deutschland einer erhöhten Gefährdung aussetzen. Die absehbare Eskala-

tion der Spannungen mit Russland wird die Sicherheitslage Deutschlands verändern und das atomare Risiko für Deutschland im Konfliktfall gravierend erhöhen.

Dass eine Entscheidung von solcher Tragweite für die Sicherheit Deutschlands als exekutiver Akt mitgeteilt wird, ohne sie im Vorfeld im Deut-

schen Bundestag und in der deutschen Öffentlichkeit ausführlich zu diskutieren, ist ebenfalls befremdlich. Denn sie erschließt sich nicht aus der Nationalen Sicherheitsstrategie von 2022. Die Verschärfung der Konfrontation in Europa und die Erhöhung des atomaren Risikos Deutschlands verlangen eine breite und inklusive nationale Diskussion.

### Aus dem Aufruf zur Demonstration und Kundgebung in Wiesbaden / Mainz-Kastel und einer Fahrradstafette in Wiesbaden-Erbenheim zum Antikriegstag am 31.8.2024

Seitens der NATO ist geplant, den US-Standort Wiesbaden schrittweise auszubauen. Die US Garnison in Wiesbaden hat derzeit 21000 Angehörige, davon 5000 Soldaten.

> Die seit Ende 2022 bestehende Einheit Security Assistance Group Ukraine soll zu einem NATO-Hauptquartier mit dem Namen NATO Security Assistance and Training for Ukraine ausgebaut und um 400 zusätzliche Militärs verstärkt werden.

> Ab 2026 sollen in Deutschland neue US-Marschflugkörper Tomahawks und SM-6 sowie Hyperschallraketen Dark Eagle stationiert werden, die teilweise auch mit nuklearen Sprengkörpern bestückt werden können. Alle diese Systeme können Ziele in Russland erreichen.

> Die seit Ende 2021 in Wiesbaden stationierte Multi-Domain Task Force (MDTF) würde zur Einsatzzentrale der neuartigen Marschflugkörper.

> Das ebenfalls seit Ende 2021 vorhandene (bzw. reaktivierte) 56th Artillery Command im Wiesbadener Stadtteil Mainz-Kastel ist als Kommandozentrale der Dark Eagle vorgesehen und als Teil der MDTF auch für die geplanten Tomahawks und SM-6 zuständig.

Diese Maßnahmen dienen nicht unserer Sicherheit, sondern als Brandbeschleuniger. Der US-Standort Wiesbaden-Erbenheim wird damit zur Zielscheibe von kriegerischen Gegenschlägen – auch mit Atomwaffen. Davon wäre nicht nur das gesamte Stadtgebiet von Wiesbaden betroffen, sondern dieses wäre Teil eines nuklearen Infernos, mit dem die Existenz der gesamten Menschheit in den Abgrund gerissen werden kann.

Quelle: [www.frieden-und-zukunft.de](http://www.frieden-und-zukunft.de)



Fahrradstafette rund um die Julius Clay-Kaserne und Air Base Wiesbaden-Erbenheim sowie die Kundgebung in Wiesbaden / Mainz-Kastel am 31.8.24  
Quelle: Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V.

**Bundesweite Friedensdemonstration**  
**3. Oktober 2024**  
 Berlin



Nein zu Krieg  
 und Hochrüstung!  
**Ja zu Frieden**  
 und internationaler  
 Solidarität!

Es ist kurz vor 12 –  
 Widerstand und Protest jetzt –  
 Es liegt an uns!

**Kommt massenhaft!**

**Sternmarsch**  
 mit drei Auftaktkundgebungen  
**ab 12.30**

**Schlusskundgebung**  
 Großer Stern (Siegessäule)  
**14.30**

weitere Informationen:  
[www.nie-wieder-krieg.org](http://www.nie-wieder-krieg.org)



Initiative Nie wieder Krieg - Die Waffen nieder!

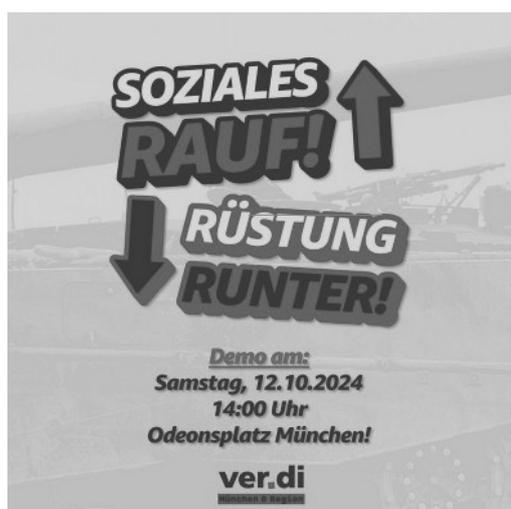
## Aufruf zu einer bundesweiten Friedensdemonstration am 3. Oktober in Berlin (Auszug)

Die Situation in Europa und Nahost entwickelt sich gefährlich in Richtung Großkrieg. Statt sich für Frieden einzusetzen, liefert der Westen – einschließlich der Bundesregierung – immer mehr Waffen und beschleunigt die Eskalation durch die Erlaubnis, diese auch gegen russisches Gebiet einzusetzen. Atomwaffen werden wieder einsatzfähig gemacht. Die deutsche Regierung rüstet auf wie nie zuvor. Wir alle sollen kriegstüchtig gemacht werden. Eine „neue“ Wehrpflicht droht. Das Geld für die Hochrüstung fehlt bei Krankenhäusern und Pflege, Rente und Sozialleistungen, Bildung und Kitas, Bahn und Nahverkehr. Globale Herausforderungen, die weltweit nur gemeinsam gelöst werden können, um den Generationen, die uns folgen, eine lebenswerte Welt zu erhalten, werden nicht in Angriff genommen.

Den Frieden gewinnen – jetzt oder nie!

Mit Stand vom 31.8.24 haben bisher 1603 Gruppen und Einzelpersonen erklärt, dass Sie die Friedensdemonstration am 3. Oktober in Berlin aktiv unterstützen.

Weitere Infos zur Organisation unter [www.nie-wieder-krieg.org](http://www.nie-wieder-krieg.org)



**SOZIALES RAUF! ↑**  
**RÜSTUNG RUNTER! ↓**

**Demo am:**  
**Samstag, 12.10.2024**  
**14:00 Uhr**  
**Odeonsplatz München!**

**ver.di**

*Für Frieden, Klimaschutz und Milliardeninvestitionen in ein gutes Leben für alle - statt Hochrüstung, Militarisierung und soziale Spaltung Superreiche zur Kasse - Stoppt den Rechtsruck!*

Die Kürzungspolitik der Bundesregierung bedeutet allein für 2024 Milliardeneinschnitte für Millionen von Menschen! Ausgerechnet sozial Benachteiligte, Bedürftige und Schutzsuchende sollen noch stärker bluten: z.B. bei Renten, beim Bürgergeld und bei Asylleistungen. Noch mehr Menschen werden arm sein und arm bleiben. Schon seit Jahren gibt es Kürzungen in vielen Bereichen der sozialen Daseinsvorsorge; unter Inflation und gestiegenen Hei-

zungs- und Stromkosten leiden viele Kolleg\*innen immer noch.

Welches Ressort aber muss als einziges im Bundeshaushalt 2024 nicht sparen? Der Etat des Bundesverteidigungsministeriums: Zu den 100 Mrd. Sonder- „Vermögen“ kommen nicht nur in diesem Jahr mindestens 2% vom BIP (Brutto- Inlands-Produkt) hinzu. Macht aktuell zusammen ca. 180 Mrd. Euro. Als ob man mit Hochrüstung und atomarer Abschreckung Kriege verhindern und Frieden sichern kann. Im Gegenteil: Die Kriegsgefahr erhöht sich.

Und mehr noch: Finanzminister Lindner (FDP) will die Sozialausgaben auf drei Jahre einfrieren, um diese Hochrüstung zu finanzieren. Wir sollen wieder „kriegstüchtig“ werden, wie nicht nur Verteidigungsminister Pistorius (SPD) propagiert. Und dafür sollen wir den Gürtel enger schnallen.

Dabei wird es nicht bleiben, und das Geld für die jährliche Aufrüstung wird künftig im sozialen Bereich fehlen: für Klimaschutz, Gesundheit, Bildung, Kultur, Integration, Gleichstellung, für den Wohnungsbau und das Verkehrswesen etc. Diese unsoziale, neoliberale Politik ist der Nährboden für den Aufstieg der AfD und dass die Gesell-

schaft immer mehr ins Rechtsextreme kippt. Die verschärfte Asyl-Politik der Ampel-Regierung, getrieben von CDU/CSU und AfD, sorgt zusätzlich für gesellschaftliche Spaltung, für Hass und Hetze gegen Geflüchtete, Asylsuchende und Migrant\*innen. Sie macht aus Opfern die Sündenböcke für diese Politik.

### Diesen Kurs müssen wir stoppen!

Wir brauchen Milliardeninvestitionen in eine menschenwürdige, lebenswerte Gesellschaft für alle – statt Milliarden für Hochrüstung und Bundeswehr.

Wir brauchen die Rücknahme aller Kürzungen im sozialen Bereich und für Geflüchtete!

Das Geld ist da: bei den Banken, Konzernen und Superreichen, die trotz Krise Milliardengewinne gemacht haben!

Weg mit der Schuldenbremse – her mit der Vermögenssteuer und – mit höheren Steuern auf Gewinne!

### Soziales rauf! – Rüstung runter!

### Für Solidarität – gegen rechts!

**Für internationale und soziale Sicherheit! Für Frieden und ein gutes Leben für alle!**

*Quelle: <https://muenchen.verdi.de>*

### Zehn Prinzipien für den „ewigen Frieden“ im 21. Jahrhundert

Seite 3 bis 5

<https://overton-magazin.de/top-story/zehn-prinzipien-fuer-den-ewigen-frieden-im-21-jahrhundert/>

#### *Vereinte Nationen am Scheideweg*

<https://www.telepolis.de/features/Vereinte-Nationen-am-Scheideweg-9839899.html>

#### *Weitere Hinweise:*

<https://overton-magazin.de/hintergrund/politik/wie-der-frieden-im-neuen-multipolaren-zeitalter-erreicht-werden-kann/> (Beitrag von Jeffrey Sachs vom 2.9.2024)

### Kontroversen in der Friedensbewegung und politische Anforderungen

Seite 6 und 7

Quelle: <https://nie-wieder-krieg.org/friedenspolitik-21-jahrhundert/>

### „Alte“ und „neue“ Friedensbewegung – immer noch getrennt?

Seite 8 bis 10

#### *Weitere Hinweise:*

<https://frieden-links.de/2024/08/grossdemo/>

### Ukraine: Mehrheit will Verhandlungen

Seite 11

<https://www.emma.de/artikel/ukraine-krieg-mehrheit-fuer-friedensverhandlungen-341207>

### Gerade jetzt: Friedenswissenschaft und Zivilklauseln ausbauen

Seite 12 und 13

#### *Fußnoten:*

[1] z.B. F.A.Z.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/stark-watzinger-wir-muessen-unsere-forschung-vor-china-schuetzen-19116350.html>

[2]

<https://www.bmbf.de/bmbf/shareddocs/kurzmeldung-en/de/2024/03/240311-positionspapier-forschungssicherheit.html>

[3] <https://www.bmvg.de/de/nationale-sicherheitsstrategie>

[4]

<https://www.publikationen-bundesregierung.de/pp-de/publikationssuche/china-strategie-2203504>

[5] Potsdamer Abkommen, 02.08.1945

#### *Abkürzungen*

BMBF: Bundesministerium für Bildung und Forschung

CERN: Europäische Organisation für Kernforschung

DESY: Deutsches Elektronen-Synchrotron

IHRA: International Holocaust Remembrance Alliance

### Palästinenser in Deutschland zwischen Repression und Solidarität

Seite 14 und 15

Quelle des Kastenbeitrages:

Facebook-Seite des Palästina-Forums Nahost Frankfurt mit Bezug auf <https://occupiednews.com>

### Auszug aus Interview mit Jacques Baud

Seite 17

Quelle: <https://globalbridge.ch/die-usa-haben-netanjahu-nicht-unter-kontrolle/>